

IMPRESSUM

Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland Berlin,
zuletzt geändert auf der LMVB 16.2 am 23.-24. April 2016

Original-URL:

<https://wiki.piratenpartei.de/BE:Wahlprogramm/2016>

Lektorat: Gabriele Biwanke-Wenzel, Dr. Bettina Günter u. a.

Gesetzt mit pandoc

Umschlaggestaltung: Bruno Kramm, Simon Kowalewski

Photographien: Thomas van de Scheck

1. Auflage, 2000 Stück

gedruckt auf Recyclingpapier

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Piratenpartei Deutschland Berlin

Der Vorstand

Pflugstraße 9a

10115 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Demokratie	6
Mehr Demokratie beim Wählen	6
Stimmhürden für Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenver-	
sammlungen	6
Demokratie bezieht alle ein	6
Stärkung von Bezirksentscheidungen	7
Mehr Verbindlichkeit für direktdemokratische Initiativen	7
Freiflächengesetz entwickeln	8
Transparenz	8
Transparenz für eine bürgernahe und nachvollziehbare Politik	8
Open Government – Die Bevölkerung im Zentrum	9
Whistleblowing schützen, Pressefreiheit stärken	10
Netze	10
Das Netz bietet die Möglichkeiten	10
Aufbau eines Freifunknetzes	11
Bereitstellung von Hotspots durch das Land Berlin	11
Mauer der digitalen Spaltung überwinden!	11
Freistellung der Haftung für Anbieter	11
Netzneutralität und Erweiterung des Spektrums	12
Freie Netzzugänge	12
Open Sensordata	12
Sozialpolitik	13
Modellprojekte für ein bedingungsloses Grundeinkommen	13
Neuausrichtung der Berliner Jobcenter	13
Seniorenpolitische Schwerpunkte	15
Inklusion und Teilhabe als Querschnitts-Aufgabe	16
Wohnungslosenpolitik	18
Clearingstelle für medizinische Versorgung und Unterkunft	18
Bildung	19
Öffentliche Bildung braucht freien Zugang zu Inhalten und Infrastruktur	19
Finanzierung der Bildung	19
Bedingungslose vollständige Schulgebäudefinanzierung	20
Lehrkräfte an den Schulen	20
Gleiches Einkommen und unbefristete Verträge für alle Lehrer_innen	20
Fließende Schullaufbahn und individuelles Lernen	21
Inklusion in der Bildung	21
Beteiligung durch ein Digitales Abstimmungs-Tool schaffen	21

Trennung von Staat und Religion in Bildungseinrichtungen	22
Digitale Medien	22
Kostenloses Mittagessen und Schulobstprogramm für Berlin	22
Sprache ist der Schlüssel zur Bildung	23
Willkommensklassen durch binnendifferenzierte Angebote ersetzen und inklusive Bildung sichern	23
Unsere Ansätze zur Sprachförderung	23
Bibliotheksgesetz für Berlin	24
Wissenschaft, Forschung und Hochschullehre	24
Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen	24
Freier Zugang zu Wissenschaft und Forschung	24
Berliner Hochschulen brauchen Demokratieupgrade	25
Transparente Vergabe von Drittmitteln	25
Bessere Bezahlung von Lehrbeauftragten an Hochschulen	25
Geflüchteten den Zugang zu den Hochschulen erleichtern	25
Stadtentwicklung	26
Recht auf Stadt für ALLE	26
Nachhaltige Wohnraumpolitik	27
Energetische Sanierung	28
Berlin hat Charakter – Kiezcharakter	28
Liegenschaftspolitik der Zukunft	29
Freiflächengesetz entwickeln	29
Begrenzung der städtischen Verdichtung	30
Wohnraum für integratives Wohnen ausweisen	30
Auf zu freien Ufern!	30
Kultureller Schutz der Zeugnisse der Geschichte Berlins	31
Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Berlin bis 2019	31
Aus Erfahrungen bei Großprojekten lernen	31
ICC - Gutachten offenlegen	32
Grillflächen für Berlin	32
Verkehr & ÖPNV	32
Einsteigen und losfahren – Fahrscheinlose Nutzung des ÖPNV	33
Ein Sozialticket für Berlin, das seinen Namen verdient	35
Busse und Bahnen – Transparent und in öffentlicher Hand	35
Mitbestimmung bei Verkehrsprojekten	35
Dem Auto die Vorfahrt nehmen	36
Radfahrer_innen und Fußgänger_innen fördern	36
Verbesserung der E-Mobilität	36
Das Single-Airport-Konzept ist gescheitert	36

Bürgerrechte & Innenpolitik	37
Polizei und Justiz	37
Unabhängige Beschwerdestelle für Polizei-Übergriffe	39
Berliner Versammlungsgesetz	39
Wir lehnen Überwachung im öffentlichen Raum ab	40
Verwaltung der wachsenden Stadt anpassen	40
Mehr Personal für die öffentliche Verwaltung	40
Digitalisierung in der Verwaltung	41
Mehr Freiheit wagen - Verfassungsschutz auflösen!	41
Asyl- & Migrationspolitik	41
Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein	41
Lebenssituation von Geflüchteten verbessern	42
Verwaltung muss effizient sein	43
Suchtpolitik	43
Konsumierendenjagd beenden, konsequente Vorsorgepolitik starten	43
Problembewusstsein stärken, riskanten Konsum verhindern	44
Suchtarbeit	44
Konsumierende schützen, Gesundheitsschäden minimieren	44
Senkung der Kosten der Strafverfolgung	45
Schritte auf dem Weg zur Cannabislegalisierung	45
Legalisierung des Eigenanbaus von Cannabis	46
Schwerstabhängigen konsequent helfen, Begleiterkrankungen verhindern	46
Bestehende Netzwerke nutzen, gemeinsam Zukunft gestalten	46
Wirtschaft- & Daseinsvorsorge	47
Nachhaltigkeit in der Berliner Wirtschaft	47
Kreativwirtschaft braucht Urbanität	47
Transparenz verhindert Korruption	48
Echte Bürgerbeteiligung bei Großprojekten	48
Daseinsvorsorge und Sicherung der Infrastruktur in kommunale Ver-	
antwortung	48
Regenerative und kommunale Energie in Berlin	48
Keine Zwangsmitgliedschaft in der IHK	49
Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 7 %	49
Steuerzahler_innen haften nicht für Banken	49
Kein Geld mehr für den Flughafen Berlin Brandenburg	49
Anbau von Nutzhanf erleichtern und Förderung der Produktion von	
Nutzhanfprodukten	50
Mehr Geld für die Bezirke	50
Kein Freihandelsabkommen TTIP	50

Bürgerschaftliches Engagement	51
Öffentliche Würdigung	51
Vernetzung stärken	52
Stellenwert erhöhen	52
Geschlechter- & Familienpolitik	52
Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung	53
Freie Selbstbestimmung über Fortpflanzung	53
Kinderwünsche auch in nicht klassischen Familienbildern realisieren .	54
Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens	54
Andere Lebenspartnerschaften	54
Recht auf Namensänderung	54
Kinderarmut bekämpfen	55
Frühkindliche Bildung	55
Kinderbetreuung und Rechte von Kindern und Jugendlichen	55
Kinder und Jugendliche haben Rechte	56
Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume	56
Freie Selbstbestimmung und Familienförderung	56
Fraueninfrastruktur	57
Freie Selbstbestimmung der Sexarbeiter_innen	57
Staat & Religion	57
Religion ist Privatsache	57
Einzug von Kirchenbeiträgen ist keine Staatsaufgabe	58
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist kein Kirchenfunk	58
Kunst- & Kulturpolitik	58
Eigenes Ressort Kultur und Medien	58
Internationaler Kulturaustausch	59
Transparente und demokratische Kunst- und Kulturförderung	59
GEMA reformieren	59
Frauenförderung	60
Kultur in den Bezirken stärken	60
Kulturelle Bildung	60
Medienkunst und Digitalkultur	61
Stadtteilbibliotheken	61
Pay what you want	61
Freie Szene	62
Clubkultur	62
Graffiti und Streetart	62
Comic & Graphic Arts	62
Denkmalschutz	62

Gedenkstätten und Erinnerungskultur	63
Eine Kunstmesse für Berlin	63
Umwelt, Verbraucher_innen- und Tierschutz	63
CO ₂ -Transparenz auf allen Produkten	64
Grüne Dächer und Roof-Gardening für klimafreundlicheres Wohnen	64
Essbares Berlin - Urban Gardening für eine klimagerechtere Stadt .	64
Plastiktütenflut eindämmen	65
Divestment	65
Nachtflugverbot	65
Freie Fahrt mit Bus und Bahn bei dicker Luft!	65
Gewässerschutz	65
Baden in der Spree	65
Ökologischen Fußabdruck sichtbar machen	66
Containern entkriminalisieren - Lebensmittelmärkte verpflichten . .	66
Gegen die geplante Obsoleszenz	66
Massentierhaltung raus aus Berliner Kantinen!	67
Verbandsklagerecht	67
Umwelt- und Tierschutz in der Schule	67
Zirkusse mit Wildtieren lehnen wir ab	67
Umsteuern bei tier- und klimaschutzfeindlicher Besteuerung	67
Gesundheitspolitische Schwerpunkte	68
Bessere Versorgung in der Pflege	68
Patient_innen stärken	69
Landwirtschaftspolitik	69
Agrikultur zurück nach Berlin	69
Pazifistisches Manifest für Berlin	69
Bürgermeisterkandidat	71

Dies ist das Wahlprogramm der PIRATEN Berlin zur Abgeordnetenhaus-Wahl am 18. September 2016. Es verdeutlicht nicht nur inhaltlich unseren Anspruch an Bürgerbeteiligung, Transparenz und Teilhabe, sondern auch durch die Art des Zustandekommens. Viele engagierte Menschen haben sich an der Erarbeitung des Programmes beteiligt: In den thematisch arbeitenden Squads, bei den für alle offenen Themenworkshops und in der Diskussion auf zwei Parteitagungen wurden die Anträge entwickelt, zur Diskussion gestellt, teilweise angepasst und beschlossen.

Demokratie

Die Möglichkeiten für die Menschen in Berlin, auf die Gestaltung der Politik ihrer Stadt Einfluss zu nehmen, sind weiterhin viel zu gering. Das betrifft sowohl den Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen als auch die bestehenden gesetzlichen Einschränkungen für Bürger- und Volksentscheide. Deshalb setzen sich die PIRATEN Berlin dafür ein, mehr Demokratie zu wagen. Das bezieht sich vor allem auf die folgenden Themen:

Mehr Demokratie beim Wählen

Die PIRATEN Berlin fordern, dass die Bürger_innen mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses (AGH) und der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) erhalten müssen. Dies soll erreicht werden, indem die Wahlberechtigten mehrere Stimmen auf einen Kandidierenden vergeben (Kumulieren) oder Kandidierende verschiedener Parteien gleichzeitig wählen können (Panaschieren). Dieses Wahlverfahren lehnt sich an das Hamburger Modell an.

Stimmhürden für Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen

Die PIRATEN fordern die Abschaffung der Stimmhürde für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung. Jede Stimme muss mit gleichem Gewicht bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt werden. Auch für die praktische Arbeit ist die Zahl der Sitze kein Kriterium und rechtfertigt keine Hürde.

Demokratie bezieht alle ein

Alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, haben das Recht, die städtische Politik mitzubestimmen. Wir setzen uns für ein voll inklusives Wahlrecht ein:

- Das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger_innen ist auf alle Menschen mit Lebensmittelpunkt Berlin auszuweiten.
- Die bestehenden Hürden durch das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht im Landeswahlgesetz wollen wir abschaffen. Dies betrifft sowohl die

Wahlen zum AGH, zur BVV als auch das Recht an Bürgerentscheiden sowie Bürgerbegehren teilzunehmen.

- Von Betreuung Betroffene dürfen nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen werden.
- Wir setzen uns für ein von Geburt an bestehendes aktives Wahlrecht für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen ein. Die erstmalige Ausübung dieses Wahlrechts erfordert für Minderjährige die selbständige Eintragung in das Wählerverzeichnis. Eine Wahl stellvertretend durch Erziehungsberechtigte lehnen wir ab.
- Auch direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. Volksabstimmungen) sind nicht durch Altersgrenzen einzuschränken.

Stärkung von Bezirksentscheidungen

Die PIRATEN Berlin fordern, die auf Bezirksebene zustande kommenden Entscheidungen zu stärken. Dazu erhalten die Bezirksverordnetenversammlungen ein eigenes Entscheidungsrecht, sie dürfen nicht länger auf “Empfehlungen und Ersuchen” begrenzt sein (Subsidiaritätsprinzip).

Die PIRATEN Berlin fordern, die Einrichtung und Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten voranzutreiben.

Mehr Verbindlichkeit für direktdemokratische Initiativen

Wir stärken die vorhandenen Möglichkeiten der direkten demokratischen Beteiligung.

Engagierte in Beiräten und Initiativen werden wir durch die Nutzungsmöglichkeit eines Sekretariatsservice, eines wissenschaftlichen Beraterstabs und Räumlichkeiten in ihrer Arbeit unterstützen. Dies ermöglicht auch verstetigten Quartiersräten die Fortführung ihrer Arbeit.

Wir setzen uns dafür ein, in Berlin neue Formen der Bürgerbeteiligung mit Hilfe von elektronischen Interaktionsformen zu entwickeln und zu erproben. Wir streben die Schaffung einer Online-Demokratieplattform an. Damit ist ein System gemeint, in dem alle Menschen in Berlin die Möglichkeit haben, gemeinsam politische Entscheidungen zu treffen. Die Ergebnisse sollen zunächst in Volks- bzw. Bürgerentscheiden münden, in denen sie als verbindlich bestätigt werden.

Freiflächengesetz entwickeln

Die PIRATEN Berlin fordern vor der Entscheidung zum Umgang mit Freiflächen, die Menschen vor Ort mit einzubinden.

Mit unserem Freiflächengesetz soll ein mehrstufiges, obligatorisches Partizipationsverfahren eingeführt werden, das den gesetzlichen Planungsverfahren zur Raumordnung, Flächennutzung und Bebauung vorgeschaltet wird. Somit wird die direkte Mitentscheidung durch die Menschen in Berlin über Nutzung und Entwicklung befördert und eine tatsächliche Relevanz der Vorschläge und Einwendungen gewährleistet.

Transparenz

Die PIRATEN Berlin stehen für eine transparente Politik. Echte Demokratie braucht informierte Bürger_innen. Informationen müssen so frühzeitig erfolgen, dass alle Interessierten von Beginn an in den Entwicklungsprozess von Entscheidungen miteinbezogen werden.

Transparenz für eine bürgernahe und nachvollziehbare Politik

Die PIRATEN Berlin streben es an, dass das Handeln und Wirken der gewählten Volksvertreter_innen nachvollziehbarer wird. Das Informationsfreiheitsgesetz als Grundlage für Transparenz in Politik und Verwaltung ist ein erster Schritt, geht aber nicht weit genug. Wir wollen, dass alle nicht personenbezogenen Daten und Werke der Öffentlichkeit kostenfrei und unabhängig von einer Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Es besteht keine Holschuld der Bürger_innen, sondern eine Bringschuld der Verwaltung. Wir sehen dies als Teil der Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes hinsichtlich des zu gewährenden Rechts auf Akteneinsicht an.

Wir werden ein Online-Portal ins Leben rufen, das Berliner Politik und Verwaltung auf allen Ebenen transparent werden lässt. Dies haben wir bereits mit der Einführung von BER-Watch beispielhaft umgesetzt. Jede Entscheidung ist in dem Bewusstsein zu treffen, dass diese später von allen nachvollzogen werden kann. Nur unter dieser Voraussetzung ist demokratische Kontrolle möglich. Politik ohne Gedächtnis ist eine Einladung zu Misswirtschaft und Korruption.

Alle zukünftigen Ausschreibungen, Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüsse des Landes Berlin sind so transparent wie möglich zu gestalten. Jeder Schritt, der zu einer Entscheidung geführt hat, ist nachvollziehbar darzustellen.

Der Zugang zu öffentlichen Daten, Sitzungsprotokollen, Berichten, Publikationen und Verhandlungsprotokollen sind Grundvoraussetzung für die Beteiligung durch die Menschen dieser Stadt.

Alle Abgeordneten haben ihre sämtlichen Kontakte zu Unternehmen, Vereinen und Verbänden offenzulegen. Mögliche Verflechtungen und daraus resultierende Interessenskonflikte sollen dadurch sichtbar gemacht werden.

Open Government – Die Bevölkerung im Zentrum

Transparenz ist nur möglich, wenn alle nachvollziehen können, wie Gesetze sowie Entscheidungen zustande kommen.

Öffentliche Daten sind wertvoll, sie werden mit hohem Aufwand erhoben, stehen aber oft nur Wenigen zur Verfügung.

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, die Berliner Verwaltung und Politik nach den Prinzipien von OpenGovernment umzugestalten, um direkte demokratische Mitbestimmung sowie eine aktive Informationspolitik zu gewährleisten.

OpenData:

Freier Zugang zu öffentlichen Daten erleichtert den Menschen in Berlin die Mitwirkung und demokratische Beteiligung, ob Neubebauung von Arealen aufgrund von Raumordnungsdaten, die Nutzung von Geodaten für stadtweite Projekte oder Umwelt- und Verkehrsdaten. Wir setzen uns für eine umfassende Information der Bevölkerung sowie Integration bereits bestehender Open-Data-Projekte, wie z. B. “kiezatlas.de”, “openwheelmap.de” in die Portale der Berliner Verwaltung ein.

Wir wollen neue Projekte fördern, damit alle über Probleme in der Infrastruktur unserer Stadt direkt online mit der Senats- oder Bezirksverwaltung kommunizieren und sich ständig über den Bearbeitungsstand informieren können. Eine Vernetzung der Open-Data-Projekte mit anderen Kommunen national und international wird von uns ausdrücklich befürwortet.

OpenCommons

Die PIRATEN fordern den freien Zugang zu öffentlich finanzierten Werken zur Wieder- und Weiterverwendung.

OpenAccess

Wir erwarten die Umsetzung von Wissensfreiheit durch die Veröffentlichung von Archiven sowie der Ergebnisse staatlich oder kommunal geförderter Forschung und Entwicklung.

OpenAntrag

Wir fordern, dass die Bürger_innen Anträge an alle Abgeordneten sowie

Verordneten direkt und online über eine entsprechende Plattform stellen können.

Whistleblowing schützen, Pressefreiheit stärken

Die PIRATEN fordern den gesetzlichen Schutz von Personen, die für die Allgemeinheit wichtige Informationen aus einem geheimen oder geschützten Zusammenhang an die Öffentlichkeit bringen (Whistleblowing).

Wir streben die Einrichtung von unabhängigen Meldestellen an. Diese Meldestellen geben die Möglichkeit zur anonymen Weitergabe der Informationen.

Wir werden uns für eine Erweiterung der Pressefreiheit im Internet einsetzen. Dies soll dem Schutz der Produktion und Weitergabe von Online-Veröffentlichungen dienen.

Wir wehren uns auch gegen den Versuch, die Weitergabe von geleakten Daten als „Datenhehlerei“ unter Strafe zu stellen. Wir sehen darin einen Abschreckungsversuch für potenzielle Whistleblower_innen, kritische Netzplattformen und investigative Journalist_innen.

Netze

Das Netz bietet die Möglichkeiten

Die PIRATEN Berlin setzen sich für einen freien Zugang zu Wissen und digitalen Informationen ein. Das Internet ist eine Technologie, die für alle Gestaltungs- und Teilhabemöglichkeiten, sowie eine stärkere, direkte Vernetzung untereinander bietet, die räumlich und zeitlich unabhängig ist. Der Zugang zum Netz ist jedoch von technischen und sozialökonomischen Voraussetzungen abhängig, so dass keine flächendeckende Beteiligung der Berliner Bevölkerung am digitalen Wissen gewährleistet ist.

Wir sehen es im Rahmen der Daseinsvorsorge als eine kommunale Aufgabe des Landes Berlin an, ein niederschwelliges Angebot an Internetzugangsmöglichkeiten zu verwirklichen und zu fördern. Zugang zum Internet ist im 21. Jahrhundert entscheidend für die Teilhabe der Einzelnen an der Gesellschaft und deren Mitgestaltung.

Aufbau eines Freifunknetzes

Wir werden den Aufbau eines Freifunknetzes in Berlin unterstützen. Das auf der W-LAN-Technologie basierende Netz ist unabhängig von staatlicher Kontrolle und Zensur, zeitlich unbegrenzt verfügbar. Freifunknetze sind in der Nutzung kostenfrei und ermöglichen daher auch Menschen mit geringem Einkommen die Teilnahme am Netz. Hierzu ist das unentgeltliche Zurverfügungstellen geeigneter Dachflächen zur Vernetzung bestehender Freifunkknoten erforderlich, sowie die kostenfreie Bereitstellung des Betriebsstroms. Seitens der Bezirks- und der Senatsverwaltungen sind Dachflächen öffentlicher Gebäude bei Eignung bereitzustellen und die Erweiterung der Dachflächennutzung durch Förderangebote zu unterstützen. Wir werden im Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen eine enge Zusammenarbeit des Landes Berlin und der Stadtbezirke mit Berliner Freifunkinitiativen anstreben.

Bereitstellung von Hotspots durch das Land Berlin

Wir werden darüber hinaus dafür sorgen, dass in Verantwortung des Landes Berlin in allen öffentlichen Einrichtungen flächendeckend mittels Hotspots ein freier Internetzugang per WLAN angeboten wird. Diese Hotspots verbessern nicht nur die Informationsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich, sie leisten auch einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Berlins als Bildungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort. Über die Bereitstellung hinaus ist die Vernetzung der Hotspots untereinander umzusetzen und nach Möglichkeit in örtliche Freifunknetze einzubinden, um die Interaktion sowie den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Mauer der digitalen Spaltung überwinden!

Die PIRATEN setzen sich für kostenfreie, durch das Land Berlin geförderte Schulungsmöglichkeiten für alle Interessierten ein, die die Möglichkeit bieten, die digitale Spaltung hinsichtlich der Bedienkompetenzen zu überwinden. Wir werden in Zusammenarbeit mit öffentlichen und gemeinnützigen Trägern flächendeckende Schulungsmöglichkeiten schaffen.

Freistellung der Haftung für Anbieter

Um diese Möglichkeiten der digitalen Teilhabe ausschöpfen zu können, ist die rechtliche Klärung der Haftung für die Inhalte, die über offene, anonyme Netzzugangssysteme übertragen werden, erforderlich. Wir werden uns dafür

einsetzen, eine Klärung auf Bundesebene schnellstmöglich herbeizuführen. Anbieter sind von jeder Haftung freizustellen, da sich geltende Regelungen an geschlossenen Netzzugangssystemen orientieren. Betreiber aller Formen offener und anonymer Netzzugangssysteme dürfen nicht mehr für den Datenverkehr zur Verantwortung gezogen werden, der durch Dritte über den freigegebenen Netzzugang erzeugt wird.

Netzneutralität und Erweiterung des Spektrums

Die PIRATEN Berlin setzen sich für eine gesetzliche Festschreibung des neutralen Charakters der Datendurchleitung im Internet ein (Prinzip der Netzneutralität), um Informations-, Presse- und Meinungsfreiheit zu sichern und die Innovationsfähigkeit des Netzes zu erhalten. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, das zur Verfügung stehende, technisch nutzbare Frequenzspektrum zu erweitern, um die freie Nutzung des Internets zu gewährleisten.

Freie Netzzugänge

Unter freien Zugängen zu Datennetzen verstehen die PIRATEN die Abwesenheit von Volumenbegrenzungen, Kosten für die Nutzenden, Manipulation des Datenverkehrs und Inhalts durch die Zugangsbetreibenden. Deep Packet Inspection, das Verändern von IP-Paketen und der Verstoß gegen die Netzneutralität sind grundsätzlich untersagt. Durch den Zugangsbetreibenden vor- oder zwischengeschaltete Werbemaßnahmen, welche nicht zum regulären Inhalt gehören, sind bei freien Datennetzen nicht gestattet. Darüber hinaus ist der Zugang möglichst barrierefrei zu gestalten. Aus diesem Grund lehnen wir Zugangskontrollen ab.

Open Sensordata

Die PIRATEN Berlin werden sich dafür einsetzen, dass Datensätze durch Mess- und Sensorinstrumente der öffentlichen Hand, mit einer maximalen Verzögerung von 48 Stunden, über eine offene (Software-)Schnittstelle durch das Land Berlin zur Verfügung gestellt werden.

Wir fordern vor allem, dass Privatleute und Firmen beim Generieren, Bereitstellen und Öffnen von Mess- und Sensordaten Unterstützung durch das Land Berlin, z.B. in Form von (Dach-)Flächen, fachlichen Expertisen, Ressourcen (Strom- und Datennetze), Ausstattung wie auch der oben genannten offenen (Software-)Schnittstelle erhalten können.

Alle Datensätze müssen von personenbezogenen Daten bereinigt sein bzw. muss sichergestellt werden, dass keine Daten erfasst werden, welche einen Rückschluss oder eine Identifikation einer Person zulassen könnten. Wenn nicht sichergestellt werden kann, dass die Datensätze ausreichend von personenbezogenen Daten bereinigt werden können, sind diese Datensätze nicht zu veröffentlichen.

Es wird jedes Jahr erneut eine Prüfung stattfinden, ob eine ausreichende Bereinigung der Datensätze von personenbezogenen Daten inzwischen sichergestellt werden kann.

Alle Datensätzen müssen der Allgemeinheit zur freien Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Das Land Berlin soll für das Anbieten der Datensätze keine monetären Gegenleistungen verlangen dürfen. Alle Datensätze sind zu jeden Zeitpunkt abrufbar – eine maximale Speicherdauer ist nicht vorgesehen.

Sozialpolitik

Modellprojekte für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Nach Einführung des bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns fordern die PIRATEN Berlin nun ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Dieses Grundeinkommen wird allen Bürgern mit ständigem Wohnsitz und unbefristetem Aufenthaltsrecht in Deutschland ohne weitere Bedingungen zur Verfügung gestellt. Das Grundeinkommen muss existenzsichernd sein und soll den gesetzlichen Mindestlohn schrittweise ablösen. Die Ausgestaltung des Grundeinkommens wird anhand von Modellprojekten in Berlin entwickelt. Dazu wird ein wissenschaftlicher Beirat gebildet, der die Modelle erarbeitet und die Durchführung begleitet.

Neuausrichtung der Berliner Jobcenter

Die Berliner JobCenter unterliegen seit ihrem Bestehen einer drastischen Fehlsteuerung. Sie bringen Jahr für Jahr Zehntausende von Rechtsstreitigkeiten hervor, die sie in der Mehrzahl verlieren. Sie versäumen ihre Pflichten in der wirksamen Förderung von leistungsberechtigten Menschen, insbesondere von Langzeit-Erwerbslosen und von Menschen mit Behinderung.

Deshalb muss in den Berliner JobCentern dringend durchgegriffen und eine wirksame parlamentarische Kontrolle durchgesetzt werden.

Die PIRATEN Berlin fordern, die zwölf Berliner JobCenter zusammenzufassen und zu einem kommunalen Träger auf Landesebene umzuwandeln. Die Zusammenfassung zu einem Jobcenter ermöglicht:

- eine effektive Arbeitsvermittlung nach den individuellen Bedürfnissen der Bürger_innen.
- eine bedarfsgerechte Sozialberatung, wie in § 16a SGB II vorgesehen (beispielsweise Suchtberatung, Schuldnerberatung, hierbei insbesondere die Energieschuldnerberatung)
- sinnvolle berufliche Qualifizierungsangebote, die zu den Bürger_innen passen und ihnen nicht schaden.

Zur Weiterentwicklung der JobCenter in dieser Hinsicht sorgen wir auch dafür, dass deren Örtliche Beiräte und Trägerversammlungen sowie der Kooperationsausschuss Bund-Berlin mehrmals im Jahr öffentlich tagen. Wir stellen sicher, dass Blick und Stimme der Leistungsberechtigten in den Örtlichen Beiräten ausreichend vertreten sind.

Wir wollen, dass die Berliner JobCenter den Einkauf von Call-Center-Diensten im Tagesdienst beenden. Call-Center im Tagesdienst dienen vor allem der telefonischen Unerreichbarkeit der Sachbearbeiter_innen und verhindern die effiziente Klärung der Anliegen von Bürger_innen. Allenfalls im Bereich der Unterstützung des fremdsprachigen Dialogs tragen Call-Center-Dienste für JobCenter zu einem konkreten Nutzen bei.

Die Arbeitsvermittlung muss darauf ausgerichtet werden, den Bürger_innen sinnvolle Tätigkeiten zu erschließen. Das umfasst besonders auch die aktive Unterstützung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements. Leistungsbe-rechtigte dürfen nicht dazu gezwungen werden, eine Tätigkeit anzunehmen, die den Leistungsbezug nicht beendet.

Die Mitarbeiter_innen müssen zur besseren Verständigung mit leistungsbe-rechtigten Menschen in den Bereichen Didaktik und Psychologie geschult werden.

In tausenden von Fällen haben die Beschäftigten der Berliner JobCenter in den vergangenen Jahren den Sozialdatenschutz verletzt. Wir sorgen deshalb dafür, dass sie im Sozialverfahrensrecht und im Datenschutzrecht intensiv nachqualifiziert werden.

Durch die Überleitung der Berliner JobCenter in vollkommunale Trägerschaft wird zudem eine wirksame parlamentarische Kontrolle in der sozialen Grundsi-cherung überhaupt erst wieder ermöglicht.

Die Beschäftigten der Berliner JobCenter müssen umfassend, wiederholt und regelmäßig über ihr Petitionsrecht aufgeklärt und dazu ermutigt werden, dieses

Petitionsrecht zu nutzen, wenn sie von Vorgesetzten oder Kolleg_innen oder beiden zu rechtswidrigen Handlungsweisen angehalten werden.

Der Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin soll mehrmals im Jahr öffentliche Anhörungen zur Situation in den Berliner JobCentern durchführen. Dasselbe werden wir in den Bezirksverordnetenversammlungen durchsetzen.

Finanzielle Sanktionen verletzen das Recht auf eine sichere Existenz. Deshalb werden die PIRATEN für die Berliner JobCenter ein Sanktionsmoratorium entwickeln.

Wir werden durch eine Bundesratsinitiative eine Verkürzung der Untätigkeitsfrist im Rechtskreis SGB II von 6 Monaten auf 3 Monate erreichen.

Für diese Programmpunkte stützen wir uns auch auf die Ergebnisse der Studie der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement zu den JobCentern in Berlin aus dem Jahr 2012.

Seniorenpolitische Schwerpunkte

Die PIRATEN Berlin setzen sich für eine bessere Personal- und Büroausstattung der Seniorenvertretungen ein.

Die Sozialkommissionen in den Bezirken leisten einen großen Teil der aufsuchenden Arbeit betagter Menschen. Sie besuchen betagte Menschen zu Hause und beugen so Vereinsamung vor. Die PIRATEN Berlin sehen in dieser ehrenamtlichen Tätigkeit eine wichtige Aufgabe, die der Staat nicht mehr leisten kann. Deshalb ist es umso wichtiger, in diesem Bereich die Aufwandsentschädigung deutlich dem eigentlichen Aufwand und an die Wertschätzung der Arbeit anzupassen, also deutlich zu erhöhen.

Die PIRATEN Berlin sehen eine angemessene und nachhaltige Förderung von generationsübergreifenden Begegnungstätten und Stadtteilzentren als einen unabdingbaren Baustein der gesellschaftlichen Teilhabe.

Die Wahl der Seniorenvertretung ist bekannter zu machen und durch geeignete Maßnahmen, wie die Zusammenlegung mit anderen Wahlen und die Ermöglichung der Briefwahl, zu verbessern.

Da Seniorenpolitik ein Querschnittsthema ist, fordern die PIRATEN Berlin ein grundsätzliches Rede- und Besuchsrecht der Seniorenvertretung in allen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses und den BVVen.

Inklusion und Teilhabe als Querschnitts-Aufgabe

Die PIRATEN Berlin fordern die Berücksichtigung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention in sämtlichen Politikfeldern. Die »Berliner Behindertenpolitischen Leitlinien zur nachhaltigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention« sollen konsequent in die Praxis umgesetzt werden.

Mobilität

Inklusion bedarf der Verbesserung des Berliner Sonderfahrdienstes. Zur Ermöglichung selbständiger Teilhabe von Menschen mit Behinderungen wollen wir barrierefreie Taxis einführen, die auch von eRollstuhlfahrer_innen genutzt werden können.

Obwohl in Berlins ÖPNV viele Barrieren abgebaut wurden, bestehen weiter Hindernisse, die der gleichberechtigten Teilhabe von Fahrgästen mit Behinderungen entgegenstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass blinde und sehbehinderte Fahrgäste den ÖPNV selbständig nutzen können, insbesondere werden wir sprechende Busse und Straßenbahnen einführen.

Barrierefreiheit

Berlin liegt bei den Zielen der Barrierefreiheit hinter der UN-Behindertenrechtskonvention zurück. Das Hauptstadtportal »Berlin.de« ist veraltet und bietet weder Angebote in Gebärdensprachen, noch in Leichter Sprache, noch ist es für Sehbehinderte uneingeschränkt nutzbar. Wir wollen, dass barrierefreie Informationstechnik Thema in und für Berlin wird und dass eine Bauordnung beschlossen wird, die den Ansprüchen der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht.

Psychische Behinderung

Die PIRATEN Berlin fordern die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen in der psychiatrischen Versorgung und der Altenpflege und die Schaffung eines menschenrechtskonformen gesetzlichen Rahmens.

Alle psychiatrischen Behandlungen und Dienstleistungen müssen stets auf der Grundlage der freien und informierten Einwilligung der Menschen mit psychischer Erkrankung erfolgen. Eine Wiedereinführung der ärztlichen Zwangsmaßnahmen lehnen wir ab.

Inklusive Bildung

Im Bildungsbereich ist es dringend erforderlich eine Strategie zu entwickeln, um allen Schüler_innen Zugang zu einem qualitativ hochwertigen, inklusiven Bildungssystem zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass die notwendigen Finanzmittel und das erforderliche Personal bereit gestellt werden und sich die Ausstattung insgesamt verbessert. Kleinere Klassen und barrierefreie Klassenräume, die auch Methoden inklusiver Didaktik zulassen, sind Schritte in die richtige Richtung.

Partizipation

Wir fordern, dass bei allen Belangen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, eine enge Konsultation mit Menschen mit Behinderungen und mit ihren Vertreterorganisationen entsprechend Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention geführt wird. Denn sie wissen selbst am besten, welche Hilfe sie brauchen. Maßnahmen, die die Partizipation von betroffenen Personen und Verbänden fördern, müssen dringend weiterentwickelt werden. Hier ist eine Stärkung des Landesbehindertenbeirates und eine bessere Ausstattung des Büros des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen maßgeblich. Das Motto der UN-Behindertenrechtskonvention „nichts über uns - ohne uns“ ist Ausgangspunkt unserer inklusionspolitischen Überlegungen. Der Ausschluss vom Wahlrecht von Menschen mit einer „Vollbetreuung“ muss abgeschafft werden. Die Landeswahlordnung muss dem Inklusionsgedanken Rechnung tragen.

Arbeit

Nach wie vor sind schwerbehinderte Menschen überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Maßnahmen des Senats reichen nicht, um Menschen mit Behinderung die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt zu sichern. Wir wollen, dass das breite Instrumentarium der Maßnahmen stärker genutzt wird. Hierbei gehören vor allem die Unterstützte Beschäftigung, die Arbeitsassistenten und das Budget für Arbeit in den Fokus. Die Kompetenz der Reha-Berater_innen der Arbeitsagentur muss gestärkt und die Integrationsfachdienste mehr gefördert werden; sie müssen auch wieder zuständig für die Vermittlung sein. Die Möglichkeiten, den Sprung aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen, gehören stärker ausgeschöpft.

Wohnen

Noch viel zu oft sind Menschen mit Behinderungen im Heim untergebracht, obwohl sie lieber zu Hause versorgt werden wollen oder in einer Wohngemeinschaft leben möchten. Um ein Leben von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf jenseits von Großinstitutionen zu ermöglichen, brauchen wir viel mehr barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum in den Kiezen.

Wohnungslosenpolitik

Die PIRATEN Berlin setzen sich für die Vermeidung von Wohnungslosigkeit ein. Hierzu fordern wir realitätsbezogene Mietrichtwerte (AV-Wohnen), wirksame Maßnahmen gegen Zwangsräumung durch Wiederherstellung der sozialen Wohnhilfe und Mietschuldenübernahme durch Jobcenter und Sozialamt. Stromsperrern gehören abgeschafft.

Die Unterbringung in Wohnungen hat Vorrang (Housing First). Wir fordern die Reform des geschützten Marktsegments und menschengerechte Standards für Obdachlosenunterkünfte sowie effektive Angebote durch Sozialarbeiter_innen. Eine valide Wohnungsnotfallstatistik und Datenerhebung zur Straßenobdachlosigkeit ist als Planungsgrundlage für die Wohnungslosenpolitik in Berlin dringend erforderlich.

Clearingstelle für medizinische Versorgung und Unterkunft

Medizinische Versorgung ist auf Grund ungeklärter Versicherungsverhältnisse nicht für alle Menschen in Berlin sichergestellt. Beispielsweise haben Wohnungslose zumeist Schwierigkeiten angemessene Behandlung zu erlangen, insbesondere wenn sie so schwer erkrankt sind, dass eine stationäre Behandlung erforderlich ist.

Die PIRATEN Berlin fordern die Einrichtung einer Berliner Clearingstelle. Diese bündelt und erledigt alle notwendigen Schritte, die zur Kostenübernahme und weiteren Voraussetzungen für medizinische Versorgung notwendig sind und klärt Zuständigkeiten ab. Sie ist berechtigt, gegenüber Dritten, wie Krankenhäusern oder Ärzten, Kostengarantien abzugeben. Sie soll auch auf Wunsch der Betroffenen, insbesondere nach Abschluss der Behandlung, an weitergehender Förderung, wie z.B. Unterkunftsbesorgung, mitwirken.

Bildung

Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Die PIRATEN sehen in der Bildung eine Voraussetzung, allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die kompetent und kritisch ihr Leben und ihre Aufgaben meistern und sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind.

Öffentliche Bildung braucht freien Zugang zu Inhalten und Infrastruktur

Ein selbstbestimmter und aufgeklärter Umgang mit öffentlichen Inhalten gehört für die PIRATEN zum staatlichen Bildungsauftrag. Daher ist für die Teilnahme an öffentlichen Bildungsangeboten der Stadt Berlin – Schulen, Hochschulen, Bibliotheken sowie Einrichtungen kultureller Bildung – der uneingeschränkte Zugang zu Inhalten offener Datennetze unerlässlich.

Die PIRATEN Berlin lehnen Vorgaben und Regelungen, die zur Einschränkung der Verfügbarkeit von andernfalls frei zugänglichen Inhalten ab. So ist beispielsweise Filtersoftware kein geeignetes Mittel des Jugendschutzes.

An öffentlichen Bildungseinrichtungen müssen stattdessen die Voraussetzungen und die Infrastruktur geschaffen und ausgebaut werden, die einen freien und gleichberechtigten Zugang zu Inhalten ermöglichen.

Unterrichtsmaterial wird unter einer freien Lizenz zugänglich gemacht. Dies vereinfacht den Lehrkräften die Erarbeitung von eigenen Unterrichtsmitteln. Die Erstellung frei verwendbarer Unterlagen durch Lernende, Lehrende und andere wird durch das Land gefördert.

Finanzierung der Bildung

Der freie Zugang zu steuerfinanzierten Bildungseinrichtungen muss unabhängig von Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Einkommen der Eltern gewährleistet sein.

Schulen in staatlicher wie auch solche in freier Trägerschaft müssen in allen Feldern die gleichen Förderungsmöglichkeiten erhalten. So können auch diese Schulen ohne Schulgeld zugänglich sein.

Bedingungslose vollständige Schulgebäudefinanzierung

Jahrzehntelange Sparpolitik in Berlin hat zu einem Verfall von Schulbauten mit enormen Folgekosten geführt. Inzwischen sind zwar Gelder bereitgestellt, durch den Stellenabbau im Öffentlichen Dienst benötigen die Bauämter jedoch Jahre, genehmigte Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen auszuschreiben und zu vergeben. Hier muss die personelle Ausstattung der Bauämter verbessert werden.

Weiterhin ist sicherzustellen, dass Investitionsausgaben auch wirklich in Investitionen fließen und nicht anderweitig (z.B. zur Schuldentilgung) ausgegeben werden.

Die Piratenpartei Berlin fordert eine vollständige bedingungslose Finanzierung der öffentlichen Schulgebäude sowie aller zugehöriger Instandhaltungskosten und Nebenkosten durch das Land Berlin, unabhängig von Faktoren wie der Anzahl der Schüler, die diese gerade besuchen.

Lehrkräfte an den Schulen

Um eine individuelle Förderung zu gewährleisten, muss in Klassen oder Lerngruppen für 15 Lernende jeweils mindestens eine Lehrkraft zur Verfügung stehen. Die zusätzliche Unterstützung der Lehrenden durch nicht-lehrendes Personal ist eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung der individuellen Förderung. Die PIRATEN Berlin fordern eine mindestens 110 % Personalausstattung der Schulen mit Lehrkräften.

Gleiches Einkommen und unbefristete Verträge für alle Lehrer_innen

Die PIRATEN unterstützen die Berliner Lehrkräfte in ihrem Kampf um die gleiche Bezahlung für Angestellte und Beamte. Die Einkommensdifferenz zu den Beamten muss ausgeglichen werden.

Weiterhin setzen wir uns für die Gleichstellung der Grundschul- mit den Oberschullehrer_innen ein. Das Einkommen der Berliner Lehrkräfte liegt deutlich unter dem in anderen Bundesländern üblichen. Ohne eine Angleichung kann Berlin dem Mangel an Lehrpersonal auf Dauer nicht wirksam entgegenreten.

Vertretungslehrer müssen Verträge erhalten, die sie nicht zwingen, während der Ferien Arbeitslosengeld zu beantragen. Der Quereinstieg in den Lehrerberuf mit unbefristetem Beschäftigungsverhältnis soll allen Vertretungs- und Willkommenslehrer_innen offenstehen.

Fließende Schullaufbahn und individuelles Lernen

Die PIRATEN Berlin unterstützen ein möglichst langes gemeinsames Lernen. Alle Lernenden sollen ihre Schullaufbahn individuell planen und absolvieren können. Das bedeutet insbesondere binnendifferenziert, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Methoden zu lernen. Allen Schulen wird die Möglichkeit gegeben, jahrgangshomogene Klassenverbände aufzulösen und zum Beispiel durch ein flexibles Kurssystem zu ersetzen, das zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystems löst: Lernende werden nicht mehr über- oder unterfordert oder zum Überspringen von Klassen genötigt, sondern können Kurse wählen, die ihrem individuellen Fortschritt entsprechen. Eine erzwungene Unterteilung in verschiedene Schulstufen findet nicht mehr statt. Die PIRATEN Berlin fordern die Möglichkeit zu schaffen, dass Integrierte Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen eigene gymnasiale Oberstufen einrichten.

Die PIRATEN Berlin setzen sich für die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Schulformen ein, damit die Schüler jederzeit auf individuelle Begleitung und Beratung zurückgreifen können.

Ziffernoten und sogenannte Kopfnoten lehnen wir ab. Bewertungen sollen den Lernenden vorrangig als Rückmeldung über ihre Bildungsfortschritte dienen und nicht der interpersonellen Vergleichbarkeit.

Inklusion in der Bildung

Der Schulbesuch soll alle Kinder und Jugendlichen - mit und ohne besondere Förderbedarfe - in ihrer Entwicklung zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und sozial kompetenten Mitgliedern der Gesellschaft unterstützen. Jedes Kind muss wohnortnah und barrierearm eine Schule seiner Wahl besuchen können. Inklusion zum Nulltarif ist nicht möglich!

Beteiligung durch ein Digitales Abstimmungs-Tool schaffen

In den staatlichen Schulen ist die Schulkonferenz das höchste Beschlussgremium. Außerdem ist zur Meinungsfindung eine internetgestützte Abstimmungsplattform für jede Schule einzurichten, auf der Lehrende, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und sonstige Mitarbeitende gleiches Antrags-, Diskussions- und Stimmrecht haben. Wichtige Fragen werden in schulweiten Abstimmungen direkt mit Hilfe dieser Plattform entschieden.

Trennung von Staat und Religion in Bildungseinrichtungen

Freiheit und Vielfalt an kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Sichtweisen kennzeichnen die modernen Gesellschaften. Wir bekennen uns zur nichtkonfessionellen Vermittlung von Werten im Ethikunterricht. Konfessioneller Unterricht ist an staatlichen Berliner Schulen abzuschaffen.

Die PIRATEN wenden sich entschieden dagegen, in Bildungseinrichtungen im Namen von vorgeblichen Frauenrechten oder religiöser Neutralität, das Tragen von bestimmten Kleidungsstücken zu reglementieren. Wie die Religion ist Kleidung für uns Privatsache.

Digitale Medien

Die Ausstattung mit digitalen Arbeitsmitteln und ein Internetzugang für alle Lernenden ist eine Voraussetzung für den Zugang zur Informations- und Wissensgesellschaft und einer aktiven Teilhabe an dieser.

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, die Medienkompetenzen bei Entscheidungsträgern, Lehrkräften und Lernenden zu schaffen, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Dafür sollen ein Fach "Medienkompetenz" in die Lehrpläne aufzunehmen sowie Medienwarte für digitale Medien und Infrastruktur an den Schulen eingeführt werden.

Kostenloses Mittagessen und Schulobstprogramm für Berlin

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung ist essentiell für alle Menschen. Allen sollten regelmäßig und unterschiedslos ausreichende Nahrungsangebote zur Verfügung stehen. Die PIRATEN Berlin fordern, dass über alle Klassenstufen hinweg alle Lernenden kostenlos ein warmes Mittagessen einnehmen können.

Auf das Schulesen fallen zur Zeit 19% Mehrwertsteuer an. Die PIRATEN werden über den Bundesrat darauf hinwirken, diesen Satz auf die für Lebensmittel üblichen 7% zu senken. Weiterhin fordern wir ebenfalls für alle Klassenstufen das von der EU-Kommission beschlossene Schulobstprogramm einzuführen, um so ein ernährungsphysiologisch sinnvolles Nahrungsangebot bereitzustellen. Den Schulen ist dabei größtmögliche Autonomie bei der Umsetzung zu gewähren.

Sprache ist der Schlüssel zur Bildung

Der freie Zugang zu Informationen, Wissen und Bildung ist die Voraussetzung für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Er beruht auf Sprachkompetenz.

Willkommensklassen durch binnendifferenzierte Angebote ersetzen und inklusive Bildung sichern

Die PIRATEN fordern eine frühe Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in die Regelklassen, da das den Spracherwerb der Zweitsprache deutlich fördert. Eine separierte Beschulung in den Unterkünften lehnen wir daher ab. Die Schüler_innen sollen innerhalb der Regelklasse binnendifferenziert unterrichtet werden und lediglich temporär in Lerngruppen zum Erlernen der Zweitsprache zusammengefasst werden. Zusätzlich erhalten sie Angebote zum Vertiefen ihrer Muttersprache. Auch Geflüchtete, deren Status noch nicht geklärt ist, sollen die Möglichkeit haben zur Schule zu gehen.

Unsere Ansätze zur Sprachförderung

- Es ist jedem, unabhängig von seinem Alter und seiner Nationalität bzw. Staatszugehörigkeit zu ermöglichen, an kommunalen und staatlichen Bildungseinrichtungen auf qualitativ hohem Niveau die deutsche Sprache als Alltagssprache zu erlernen.
- In der Lehrer-Ausbildung müssen Kompetenzen im Bereich Deutsch als Zweitsprache vermittelt werden.
- Die mehrsprachige Kompetenz der Lernenden muss durch einen Sprachenpass individuell dokumentiert werden. Dies gilt auch für Sprachen, die nicht zum Fächerkanon der jeweiligen Schule gehören. Hierfür werden externe Experten bzw. qualifizierte Muttersprachler hinzugezogen.
- Das Sprachlerntagebuch (siehe Berliner Bildungsprogramm des Senats) soll nicht ausschließlich auf Deutsch geführt werden, sondern – soweit möglich – auch in den anderen von den Kindern gesprochenen Sprachen.
- Für die zahlenmäßig geeigneten Muttersprachen sind entsprechend qualifizierte Lehrer_innen und Erzieher für den bilingualen Unterricht auszubilden. Lehramtsabschlüsse aus anderen Ländern müssen leichter anerkannt werden.
- Die vorhandenen pädagogischen Erkenntnisse aus multilinguaem Unterricht, z.B. an Europaschulen, sollen für alle Schulen verfügbar gemacht werden.

- Darüber hinaus werden wir das Angebot von bi- und multilingualem Unterricht in natur- und geisteswissenschaftlichen Fächern erweitern und entsprechende Vorhaben der Bildungseinrichtungen konsequent fördern.
- Für den Informationsaustausch und zur Herstellung spezieller Lehrmittel soll verstärkt auf digitale Ressourcen zurückgegriffen werden.

Bibliotheksgesetz für Berlin

Die PIRATEN Berlin werden ein Bibliotheksgesetz in Berlin realisieren. Bei der Umsetzung orientieren wir uns am Gesetzesentwurf des Deutschen Bibliotheksverbandes.

Wissenschaft, Forschung und Hochschullehre

Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen

Die PIRATEN Berlin betrachten eine stark verzahnte Forschung und Lehre als einen gesellschaftlichen Mehrwert und ein wirtschaftliches Gut, speziell für Berlin. Dabei darf die Freiheit von Forschung und Lehre nicht eingeschränkt werden. Wissenschaftliche Einrichtungen dürfen deshalb bei ihren grundständigen Aufgaben in Forschung und Lehre nicht von wirtschaftlich orientierten Projekten abhängig sein. Deshalb muss die Sockel-Finanzierung durch das Land gestärkt werden, Drittmittelprojekte sind lediglich als zusätzlicher Aufwand zu grundständiger Forschung und Lehre zu verstehen.

Das Angebot an Studienplätzen an allen Hochschulen und Universitäten in Berlin ist so zu vergrößern, dass die Nachfrage nach diesen Studienplätzen bedient werden kann.

Freier Zugang zu Wissenschaft und Forschung

Die PIRATEN Berlin fordern den allgemeinen und freien Zugang zu allen aus Steuermitteln finanzierten Forschungsergebnissen (Open Access). Dies betrifft Publikationen, Patente und die den Publikationen zu Grunde liegenden Forschungsdaten.

Die PIRATEN Berlin setzen sich für eine Stärkung der Eigenarchivierungsrechte der eigenen Publikationen von Autoren (z. B. auf deren eigenen Homepages) ein. Diese stellen neben Zeitschriften für die Bevölkerung eine weitere kostenfreie Zugangsmöglichkeit zu Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung dar.

Berliner Hochschulen brauchen Demokratieupgrade

Die PIRATEN Berlin unterstützen den Prozess, an Berliner Hochschulen und Universitäten die Demokratisierung voranzutreiben. Ein echtes Demokratieupdate an den Universitäten verlangt danach, dass jedes Hochschulmitglied eine Stimme in den zentralen Gremien hat und dabei ein elektronisches Abstimmungs- und Delegationsverfahren die politische Meinungsfindung an Hochschulen für alle Mitglieder der Einrichtungen öffnet. Übergangsweise ist zu mindestens der Prozess der Einführung einer Viertelparität voranzutreiben, nach dem derzeit bereits dafür gekämpft wird, die Sitze im erweiterten akademischen Senat der TU Berlin gleichmäßig über Studierende, Mitarbeitende und Hochschullehrer_innen zu verteilen.

Transparente Vergabe von Drittmitteln

Die Vergabe von Drittmitteln muss absolut transparent erfolgen. Dazu gehören die Veröffentlichung eingereicherter Drittmittelanträge bevor die Entscheidung über diese Anträge getroffen ist sowie ein transparentes und öffentliches Verfahren zur Diskussion der Anträge und die Veröffentlichung der Abrechnung der Projekte.

Bessere Bezahlung von Lehrbeauftragten an Hochschulen

Die Bezahlung für Lehrbeauftragte an allen Universitäten und Fachhochschulen in Berlin muss besser werden.

Die Begrenzung der maximal möglichen Stunden an einer einzelnen Einrichtung sollte aufgehoben werden.

Lehraufträge sind auch für Zeiträume länger als ein Semester zu vergeben.

Die Hochschulen und Universitäten sollen zudem über einen Zeitraum von bis zu 42 Tagen auch Stunden vergüten, die krankheitsbedingt ausfallen.

Geflüchteten den Zugang zu den Hochschulen erleichtern

Integration erfolgt am wirksamsten durch den schnellstmöglichen Erwerb von Sprachkenntnissen. Weiter soll der Zugang zum Studium an unseren Hochschulen vereinfacht werden. Die Integration wird durch das gemeinsame Wohnen im Alltag mit Studierenden gefördert.

Wir PIRATEN Berlin werden die Entwicklung eines Programms initiieren, welches Geflüchteten die schnellere Immatrikulation an Universitäten zur Aufnahme eines regulären Studiums ermöglicht, als dies bisher der Fall ist. Sprachkurse in Deutsch oder Englisch können dann im Bedarfsfall parallel zum Studium besucht werden.

Darüber hinaus werden Berechtigte bei der Suche nach einem Platz in einem Studierendenwohnheim unterstützt.

Stadtentwicklung

Berlin ist eine polyzentrische Stadt und lebt von ihren Kiezen. Wir setzen uns für ein lebendiges Berlin ein, das allen Bewohner_innen einen Platz zum Wohlfühlen und Leben in der Stadt bietet. Wir gehen neue Wege im Bau, Förderung, im Erwerb und in der Nutzung von Wohnraum, öffentlichen Wegen und Plätzen. Im Mittelpunkt steht der Mensch, und nicht die Wirtschaft oder der motorisierte Individualverkehr.

Recht auf Stadt für ALLE

PIRATEN fordern das Recht auf Stadt für ALLE! Berlin ist bunt, Berlin bleibt bunt, und das ist auch gut so!

Die PIRATEN Berlin setzen sich für die gesellschaftliche Teilhabe aller an der städtischen Vielfalt ein.

PIRATEN werden sich im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen konsequent für folgendes einsetzen:

- Die Mietenentwicklung im Bestand so wie bei Neuvermietungen und im sozialen Wohnungsbau soll nach oben strikt durch Maßnahmen begrenzt werden, die die Landeskasse möglichst wenig belasten und Mieter_innen wirksam schützen.
- Wir fordern realitätsbezogene Mietrichtwerte (AV-Wohnen), das heißt mehr Subjekt- anstatt Objektförderung.
- Stopp des Ausverkaufs der Stadt durch die Beendigung des Verkaufs von Landes- oder Bundesliegenschaften an private Investoren.
- Selbstbestimmtes Wohnen, ob in Wagenburgen, instandbesetzten Häusern, Genossenschaften oder alternativen Wohnprojekten, ist

vom Land zu fördern unter Beachtung des Prinzips „Hilfe zur Selbsthilfe“.

- Die sogenannte “Berliner Linie der Vernunft”, wonach neu besetzte Häuser innerhalb von 24 Stunden wieder zu räumen sind, lehnen wir ab.
- An allen Wohnungsneubaustandorten soll eine Quote an preiswertem Wohnraum in kosten- und flächensparender Bauweise von mindestens 50% unter Beachtung der kleinräumlichen Mischung und möglichen Quersubventionierungen unter strikter Beachtung des effizienten Einsatzes öffentlicher Mittel durchgesetzt werden.
- Erhaltungssatzungen gemäß § 172 Baugesetzbuch sollen vorausschauend durch die Bezirke aufgestellt werden, um die Eigenart der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu schützen (Milieuschutz).
- Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenland und öffentlichen Gebäuden unter Beteiligung der Betroffenen.

Bei all diesen Maßnahmen beziehen die PIRATEN die betroffenen Menschen von Anfang an in die Prozesse mit ein, und achten darauf, dass deren Bedürfnisse und Belange ausreichend Berücksichtigung finden. „Recht auf Stadt“ für alle heißt auch: Recht auf Partizipation für alle!

Nachhaltige Wohnraumpolitik

Die PIRATEN fordern den Neubau von bedarfsgerechten und ausreichenden, dem Grundsatz der Nachhaltigkeit folgend preisgünstige Mietwohnungen in kosten- und flächensparender Bauweise in Berlin durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften.

Zur Entspannung des angespannten Wohnungsmarktes mit dem Ziel eines ausgeglichenen Mietwohnungsmarktes bis 2021 setzten wir darüber hinaus auf einen Mix an Maßnahmen im Bestand mit folgenden Bausteinen:

- Rückumwandlung von Ferienwohnungen in dauerhaft dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellenden Mietwohnungen
- Schaffung von zusätzlichem, preisgünstigem Wohnraum im Bestand durch Dachgeschossausbau, Umwandlung von geeigneten gewerblichen Objekten in Mietwohnraum, Förderung der baulichen Selbsthilfe, Umbau und Umnutzung von nicht mehr benötigten Krankenhäusern, Kasernen und anderen zivilen oder militärischen Konversionsflächen

Dazu setzen wir uns für Maßnahmen ein, um insbesondere den preiswerten Mietwohnsektor zu erhalten und so eine weitere Verschärfung der Lage am

Mietwohnungsmarkt entgegenzuwirken:

- Weitmögliche Verhinderung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
- Rekommunalisierung von Wohnraum unter anderem durch Nutzung des Vorkaufsrechts
- Ankauf von Wohnungsbeständen aus mittelbarem oder unmittelbarem Bundesbesitz

Energetische Sanierung

Ein Berlin als Stadt der Dichter und Dämmer lehnen wir ab!

Die PIRATEN fordern, dass nach vorgenommener energetischer Sanierung eine Mieterhöhung maximal in Höhe der durchschnittlichen Energiekosteneinsparung gestattet wird. Aus der Energiesanierung darf dem Mieter bei durchschnittlichem Heizwärmeverbrauch kein finanzieller Nachteil entstehen. Zur Finanzierung der energetischen Sanierungen von Wohngebäuden können von den Eigentümern Fördermittel zur Energieeinsparung für die Sanierung von Wohnraum (KfW, Städtebauförderung, EU-Fonds etc.) in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme von Fördermitteln muss verpflichtenden Vorrang vor der Umlage auf die Mieten haben.

Wir sehen Wärmedämmverbundsysteme kritisch und setzen eher auf die kleinteilige, kostengünstige Energie- und Wärmeversorgung. Hier gilt es etwa das Contracting von Blockheizkraftwerken und die Nutzung von flacher Geothermie auszubauen.

Berlin hat Charakter – Kiezcharakter

Die PIRATEN Berlin wollen den Kiezcharakter und die bunte Vielfalt der Stadt erhalten und fördern.

Durch steigende Mieten, Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen sowie die Zusammenlegung von Wohnungen findet eine Verdrängung aus angestammten Kiezen in die Randbezirke statt.

Wir wollen keine leeren Innenstädte, die überwiegend von Ferien-, Zweit- und Drittwohnungen, sowie Gewerbeimmobilien geprägt sind.

Wir schaffen ein lebendiges Berlin, das jedem Bewohner die Aneignung seines Kiezes ermöglicht. Dazu gehören Initiativen wie Urban Gardening, Urban Harvesting, Spielplatz-Initiativen und andere partizipative Modelle der Stadtgestaltung.

Die PIRATEN Berlin setzen sich für eine Verstärkung von bürgerschaftlichen Engagement ein, das aus Quartiersmanagement, Quartiersräten oder ähnlichem hervorgeht. Dazu gehört die Sicherstellung der Finanzierung von Treffpunkten für derartige Gruppen.

Liegenschaftspolitik der Zukunft

PIRATEN Berlin lehnen Verkäufe landeseigener Liegenschaften grundsätzlich ab. Rechte an Liegenschaften können projektbezogen in Form eines Erbbaurechts vergeben werden.

Wenn in begründeten Ausnahmefällen Liegenschaften verkauft werden, sollen die Erlöse wieder für den Ankauf von Liegenschaften verwendet werden.

Eine unter Beteiligung der Zivilgesellschaft gebildete Kommission soll diese An- und Verkäufe begleiten und evaluieren.

Eine direkte Beteiligung der Bürger_innen an der Entscheidung ist für uns Voraussetzung für eine Veräußerung von Liegenschaften und Immobilien, die sich im Besitz des Landes Berlin befinden. Jedes Bieterverfahren ist vollkommen transparent und verständlich zu gestalten. Wir entwickeln die direkte demokratische Beteiligung der Bürger zu verbindlichen Instrumenten der kommunalen Politik.

Die PIRATEN fordern ein öffentlich zugängliches Liegenschaftsregister der Bestände der Liegenschaften des Landes Berlin und der Bezirke so wie der landeseigenen Unternehmen.

Freiflächengesetz entwickeln

Die PIRATEN Berlin fordern vor der Entscheidung zum Umgang mit Freiflächen, die Betroffenen vor Ort mit einzubinden.

Mit unserem Freiflächengesetz soll ein mehrstufiges, obligatorisches Partizipationsverfahren eingeführt werden, das den gesetzlichen Planungsverfahren zur Raumordnung, Flächennutzung und Bebauung vorgeordnet wird. Somit wird die direkte Einflussnahme über Nutzung und Entwicklung befördert und eine tatsächliche Berücksichtigung der Vorschläge und Einwendungen der Berliner_innen gewährleistet.

Begrenzung der städtischen Verdichtung

Die PIRATEN Berlin fordern eine Begrenzung der weiteren Nachverdichtung durch Bebauung, sobald die rechtlich vorgeschriebene soziale Infrastruktur für Wohnbebauung, wie Kindertagesstätten oder Schulen und die hierfür notwendigen Freiflächen wie Spielplätze nicht mehr ausreichend geboten werden können.

Die Bebauung soll ebenfalls eingeschränkt werden, wenn durch Gutachten feststellbare gesundheitsschädigende und umweltbelastende Auswirkungen festgestellt werden. Gründe für die Begrenzung der Nachverdichtung können auch langfristige negative städtebaulichen Auswirkungen, wie starke Einschränkungen der Lebensqualität in Form von Umweltbelastungen durch das zunehmende Verkehrsaufkommen, stark einschränkende Verschattungen von Wohnhäusern oder eine Veränderung des lokalen Klimas durch Reduktion von Grünflächen und Unterbrechung der Frischluftströme in die Innenstadt sein.

Die PIRATEN Berlin lehnen Bauplanungen mit städtebauliche Auswirkungen ab, die gesundheitliche Risiken für die betroffenen Anwohner_innen mit sich bringen. Bei bereits gemessenen Grenzwertüberschreitungen von verkehrsbedingten toxischen Luftschadstoffen ist eine Erhöhung des Verkehrsaufkommens zu vermeiden und es sollen Maßnahmen zur Reduktion des Straßenverkehrsaufkommens und der Erhöhung der Luftreinheit und Bodenqualität durchgeführt werden.

Wohnraum für integratives Wohnen ausweisen

Die PIRATEN Berlin werden Wohnstätten schaffen und ausweisen, die sozialverträglich angeboten werden und für eine aktive Durchmischung der Bewohnerschaft sorgen. Ziel ist es, die gesellschaftliche Zusammensetzung der Stadt in diesen Wohnstätten abzubilden. Dies befördert den Austausch der Menschen mit verschiedenen Hintergründen und entspannt gleichzeitig den Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Auf zu freien Ufern!

Die Berliner Gewässer dienen der Erholung aller. Die Nutzung von Uferzonen hat gesamtstädtischen Charakter. Wir sprechen uns für einen Erhalt und Wiederherstellung der Zugänglichkeit der Uferzonen und gegen deren weitere Bebauung aus.

Kultureller Schutz der Zeugnisse der Geschichte Berlins

Denkmalschutz dient nicht primär dem Erhalt von gerade beliebten Baustilen sondern der Dokumentation der Geschichte. Unser Augenmerk muss daher auch Bauwerken gelten, die gerade nicht dem Zeitgeist entsprechen.

Die Bausubstanz leerstehender historischer Gebäude darf nicht dem Verfall preisgegeben werden, dieser ist durch geeignete Maßnahmen zu stoppen. Jahrelange mutwillige Vernachlässigung soll keinesfalls mit Abrissgenehmigungen belohnt werden: Eigentum verpflichtet!

Für frei werdende Industriekultur verlangen die PIRATEN Berlin eine Nachnutzung und keinen Abriss. Es reicht nicht, exemplarisch einzelne Objekte eines Ensembles zu erhalten. Wir fordern die Entwicklung einer professionellen und attraktiven "Berliner Route der Industriekultur", die allen Interessierten einen Aufschluss über das industriekulturelle Erbe Berlins gibt.

Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Berlin bis 2019

PIRATEN Berlin fordern eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Berlin bis 2019. Hierbei ist ein breiter gesellschaftlicher Dialog zu führen, unter Einbeziehung aller Einwohner_innen der Stadt, unter Einsatz modernster Kommunikationsformen sowohl online als auch in Präsenzveranstaltungen.

Die Bezirke sind über die Bezirksverordnetenversammlungen ausdrücklich zu beteiligen.

In diesem Dialog sind die Fragestellung der Verortung neuer Baugebiete, der notwendigen sozialen und technischen Infrastruktur, der Grün- und Freiflächenversorgung gerecht untereinander und gegeneinander abzuwägen in einem öffentlichen und transparenten Verfahren. Anzustreben ist, dass abschließend die Planung in einem Referendum, an dem alle von der Planung Betroffenen beteiligt werden, zu bestätigen sind.

Aus Erfahrungen bei Großprojekten lernen

Die PIRATEN Berlin fordern aus den bisherigen Großprojekten, wie Staatsoper, Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) etc. zu lernen:

- Aufbau einer entsprechenden Verwaltungsstruktur, welche Großprojekte bündelt
- Nach Start des Projektes keine wesentlichen Umplanungen

- Die Planung und das Projektcontrolling müssen transparent und öffentlich sein
- Bürgerbeteiligung für alle, nicht nur für direkt Betroffene
- Wir lehnen Public-Private-Partnership (PPP - private Finanzierung von staatlichen Projekten) ab.

ICC - Gutachten offenlegen

Die zukünftige AGH-Fraktion wird aufgefordert, den folgenden Antrag im Abgeordnetenhaus einzubringen:

Alle Gutachten, die zu möglicher Nutzung, Sanierung und Abriss des ICC bisher angefertigt wurden, inklusive der Materialien, welche in die Gutachten eingegangen sind, sind offenzulegen.

Grillflächen für Berlin

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass auf (dafür ausgewiesenen) Grünflächen der Stadt weiterhin gegrillt werden darf. Eine gesamtstädtische Lösung wird angestrebt, bei der ein optimaler Ausgleich zwischen den Interessen der Anwohner_innen und dem Grillvergnügen im Zentrum steht.

Desweiteren setzen wir uns für eine Finanzierung des Mehraufwands bei der Müllbeseitigung ein, die durch das Grillen dem entsprechenden Bezirk entsteht. Dieser soll durch Schaffung einer neuen Abrechnungs- und Pflegeklasse "Grillwiese" im Produktkatalog aufgefangen werden.

Verkehr & ÖPNV

Wir benötigen ein funktionierendes Verkehrsnetz, das den Anforderungen einer wachsenden Stadt genügt. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Berlin ist Teil der Daseinsvorsorge, denn die Mobilität aller ist ein soziales Menschenrecht.

Öffentlicher Personennahverkehr darf sich nicht primär an der Erwirtschaftung von Gewinnen orientieren, sondern muss die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Für einen funktionierenden ÖPNV halten wir daher die Rekomunalisierung der S-Bahn für notwendig.

Nach Jahrzehnten der Sparpolitik muss auch die marode Infrastruktur an Brücken, Straßen und Schienen saniert werden.

Die Verkehrspolitik vergangener Generationen, durch mehr Straßen vermeintliche Entlastung des Individualverkehrs zu schaffen, halten wir für überholt. Wir verfolgen den Weg, den Berliner_innen und den Besuchern unserer Stadt vor allem durch den Ausbau des ÖPNV und des Fahrradnetzes Alternativen zum Autoverkehr zu bieten.

Einsteigen und losfahren – Fahrscheinlose Nutzung des ÖPNV

Mobilität nach Einkommen – Nicht mit uns!

Jedem, der sich in Berlin aufhält, ist, unabhängig vom Einkommen, die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben zu gewähren. Die Mobilität bestimmt sich in Berlin durch den Individualverkehr und den ÖPNV. Die PIRATEN Berlin fordern mittelfristig einen fahrscheinlosen ÖPNV, um das soziale Recht auf Mobilität vom Einkommen des Einzelnen abzukoppeln.

Mehr Lebensqualität in der Stadt

Ein fahrscheinloser, gemeinschaftlich finanzierter ÖPNV kann einen Beitrag dazu leisten, den motorisierten Individualverkehr in der Stadt zu minimieren und Berliner_innen und die Gäste unserer Stadt auf die Nutzung des innerstädtischen Nahverkehrs umzulenken. Weniger Autoverkehr bedeutet weniger Lärm und Emissionen. Berlin benötigt weniger Parkflächen in der Innenstadt und gewinnt hierdurch nutzbare Freiräume.

Service statt Kontrolle

Die Umstellung des ÖPNV auf eine fahrscheinlose Nutzung bedeutet keinen Verlust von Arbeitsplätzen. Statt die Fahrgäste zu kontrollieren, wird freiwerdendes Personal zur Verbesserung des Informationsservice eingesetzt. Fahrgäste werden wieder Gäste in den öffentlichen Verkehrsmitteln und sind keine potentiellen Schwarzfahrer_innen mehr.

Gemeinschaftliche Finanzierung

Ebenso wie die Infrastruktur für den Autoverkehr würde auch der fahrscheinlose Nahverkehr weitgehend aus Steuermitteln finanziert. Auch jetzt schon decken Fahrscheinverkäufe weniger als 50% der Kosten. Die Erfolgsgeschichte

des Semestertickets für Studierende zeigt im Kleinen die Vorteile solidarischer Finanzierungsmodelle. Eine gemeinschaftliche Umlage der Kosten nicht allein auf die Fahrgäste, sondern auf all diejenigen, die vom Nahverkehr profitieren, kann die ÖPNV-Finanzierung sichern und zugleich gerechter gestalten. Neben Berliner_innen und Pendler_innen aus dem Umland müssen auch Arbeitgeber_innen, Einzelhändler_innen und Immobilieneigentümer_innen zur Finanzierung des Nahverkehrs beitragen. Übernachtungs- und Veranstaltungsgäste lassen sich über die bereits bestehende City-Tax in die Finanzierung einbeziehen. Durch den Verzicht auf Fahrscheine ließen sich zudem die Kosten für Automaten, Kontrolleur_innen und den Verwaltungsaufwand für das Ausstellen von Schüler_innenkarten etc. einsparen.

Fahrscheinlos-Studie der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus

Die Berliner Piratenfraktion hatte einer Machbarkeitsstudie beauftragt, ob und wie ein fahrscheinloser ÖPNV in Berlin machbar ist. Mit der Veröffentlichung der Studie ist eines der wichtigsten Versprechen aus dem Piraten-Wahlkampf von 2011 erfüllt. Nach diesem ersten Schritt muss eine konkrete Umsetzung weiter diskutiert werden. In den Konzepten sind die Anbindungen ins Brandenburger Umland zu berücksichtigen sowie der VBB in die Gestaltung einzu beziehen. Eine Erweiterung des fahrscheinlosen ÖPNV auf das Brandenburger Umland ist wünschenswert, soweit dies sich nicht durchsetzen lässt, sind die Verträge des Landes Berlin mit dem VBB in tariflicher Hinsicht zu ändern.

Stopp der Verfolgung von Schwarzfahrer_innen

Die PIRATEN Berlin fordern eine Entkriminalisierung des Schwarzfahrens. Nach Einschätzung des Berliner Vollzugsbeirats (BVB) sitzen 60 Prozent der Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe ableisten wegen Schwarzfahrens im Gefängnis. Das betrifft vor allem kranke und finanzschwache Menschen. Die Inhaftierung dieser Menschen ist unhaltbar.

Das kostet das Land Berlin pro Fall zirka 6.000,- €. Dem steht ein Schaden von einigen nicht gelösten Tickets gegenüber. Die Berliner Gefängnisse sind überlastet, die Haftbedingungen sind entsprechend schlecht, von Resozialisierung kann keine Rede sein. Der Verzicht auf die Inhaftierung von Schwarzfahrer_innen würde für eine spürbare Entlastung in den Berliner Haftanstalten sorgen.

Daher muss allein aus wirtschaftlichen Gründen die Verfolgung von Menschen ohne Fahrschein abgeschafft werden. Wir treten im Abgeordnetenhaus und Bundesrat für die Abschaffung von §265a StGB ein.

Weiterhin fordern wir den Berliner Senat auf, auf einen Verzicht der Strafverfolgung hinzuwirken.

Ein Sozialticket für Berlin, das seinen Namen verdient

Bis zur Einführung des fahrscheinlosen Nahverkehrs fordern die PIRATEN Berlin, das Sozialticket (Berlin-Ticket S) allen Menschen mit geringem Einkommen zum Preis von 20 Euro im Monat zur Verfügung zu stellen, den Geltungsbereich auf die Tarifzonen A-B-C auszuweiten sowie ermäßigte Einzel- und Mehrfahrten-Fahrscheine anzubieten.

Busse und Bahnen – Transparent und in öffentlicher Hand

Transparenz im ÖPNV – S-Bahn

Vereinbarungen zum Betrieb und zur Gewährleistung des ÖPNV werden zukünftig transparent gestaltet, beginnend mit der Ausschreibung, über die Vergabe und die letztendliche Vertragsgestaltung. Nebenangebote, die ein Hauptangebot ergänzen, legen wir ebenso vollständig bei Vergabe offen.

Berliner S-Bahn in kommunale Hand

Für die Erstellung eines gesamtstädtischen Konzeptes des ÖPNV und der Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben zur Gewährleistung eines reibungslosen ÖPNV sehen wir die Rekommunalisierung der Infrastruktur (Netz, Werkstätten und Stationen) der S-Bahn durch Übergabe vom Bund an das Land Berlin als erforderlich an.

Mitbestimmung bei Verkehrsprojekten

Auch aus den Erfahrungen des BER-Desasters fordern wir eine prinzipielle, direkte und demokratische Beteiligung der Bürger_innen an Verkehrsprojekten in Berlin, sowie die vollständige Transparenz über die seitens des Landes Berlin geführten Ausschreibungen, Verhandlungen und Vertragsabschlüsse zu Verkehrsprojekten.

Dem Auto die Vorfahrt nehmen

Die PIRATEN Berlin lehnen den weiteren Ausbau der A100 ab.

Die Weiterführung des Verkehrsaufkommens von der A100 in den Innenstadtbereich führt nicht zu einer Entlastung des Individualverkehrs, sondern zu einer Belastung durch vermehrte Staubildung in den Ab- und Auffahrtsbereichen als auch zur Erhöhung der Lärm- und Emissionsbelastung und verringert somit die Entwicklung des Gebietes zu einem attraktiven Wohngebiet.

Die PIRATEN Berlin setzen sich dafür ein, die dem Land zustehenden Straßenbau-Bundesmittel für den Erhalt statt den Ausbau der sich in desolatem Zustand befindenden Infrastruktur zu nutzen.

Radfahrer_innen und Fußgänger_innen fördern

Auch bestehende öffentliche Verkehrsräume müssen barriereärmer gestaltet werden. Fußgängerbereiche sollen sich grundsätzlich auf die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Menschen ausrichten. Die PIRATEN Berlin setzen sich für eine Aufstockung der Mittel für Fuß- und Radwege ein. Die Fahrradinfrastruktur muss erheblich ausgebaut werden, um die Nutzung sicherer für alle Verkehrsteilnehmer_innen zu gestalten. Dazu gehört auch eine freie Fahrradmitnahme im ÖPNV. Außerdem fordern wir bewachte Fahrradabstellmöglichkeiten. Wir fordern eine Aufwertung des ÖPNV durch eine bessere und flexiblere Taktung der Verkehrsmittel und ein freies WLAN in allen Bussen und Bahnen.

Verbesserung der E-Mobilität

Wir fordern die Schaffung eines flächendeckenden Netzes an Ladestellen für Elektrofahrzeuge. Als Betreiber dieser Ladestellen soll das Land Berlin oder ein geeigneter landeseigener Betrieb agieren. Dabei muss besonders berücksichtigt werden, dass diese verstärkt im Bereich von Mehrfamilienhäusern geschaffen werden, da deren Bewohner in der Regel nicht die Möglichkeit haben Elektrofahrzeuge zu Hause zu laden.

Das Single-Airport-Konzept ist gescheitert

Das Single-Airport-Konzept in Berlin-Schönefeld sehen die PIRATEN Berlin als gescheitert an. Deshalb fordern wir:

- die Aufteilung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH in eine Gesellschaft zum Betrieb der bestehenden Flughäfen Tegel und Schönefeld sowie eine Projektgesellschaft, deren Aufgabenbereich allein die Fertigstellung des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) umfasst
- keine weiteren Mittel des Landes Berlin für die Projektgesellschaft zu verwenden
- unverzüglich ein Raumordnungsverfahren für ein neues Flughafenkonzept durchzuführen

Bürgerrechte & Innenpolitik

Die aktuelle Innenpolitik stellt alle Menschen unter Generalverdacht. Nicht Überwachung, sondern Verbrechensprävention und die Stärkung der Bürgerrechte müssen das Ziel sein. Überwachung erklärt jeden Passanten zum potentiellen Verbrecher. Aufklärung der Bevölkerung und der zielgerichtete Einsatz von Polizeibeamten schaffen mehr Sicherheit, als jede Überwachungskamera es könnte.

Innenpolitik umfasst auch eine funktionierende Verwaltung, die die Chancen der Digitalisierung nutzt und über eine ausreichende Personalausstattung verfügt.

Polizei und Justiz

Die Polizei darf nicht als Instrument der Schikanierung politisch Andersdenkender missbraucht werden. Ihr Einsatz hat sich stets am rechtsstaatlich Gebotenen sowie am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu orientieren. Unsere Rechtsordnung kennt weder die Rache als legitimes Ziel noch die Gruppenbestrafung als erlaubtes Mittel.

Wir fordern eine personelle Stärkung der Polizei. Die Polizei steht auch wegen der Digitalisierung und der zunehmenden kulturellen Vielfalt der Bevölkerung vor zusätzlichen Herausforderungen. Dem muss durch eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung begegnet werden, gerade auch im Bereich der Sprachkenntnisse. Wir erwarten von der Polizei, dass sie auch in stressigen oder gefährlichen Situationen jederzeit das rechtsstaatlich Gebotene tut. Daher fordern wir auch eine diesen hohen Erwartungen angemessene Besoldung. Auch bei Staatsanwaltschaft und Richterinnen muss die Personalausstattung auf das erforderliche Maß angehoben werden. Nur so ist eine rechtsstaatliche Verfolgung von Straftaten gewährleistet.

Derzeit erfolgt Kriminalitätsbekämpfung über das Mittel der Repression, das heißt der Verfolgung und Bestrafung. Die PIRATEN Berlin bekennen sich deshalb zum Primat der Prävention, das heißt der Vermeidung von Kriminalität. Sühne und Bestrafung halten wir für wenig geeignete Kategorien der Strafverfolgung und des Strafvollzugs, das Hauptziel muss stets die Vermeidung von künftigen Straftaten sein.

Hier fordern wir auch eine andere Sucht- und Drogenpolitik. Die auf Prohibition abzielende repressive Drogenpolitik ist gescheitert. Konsumenten von gesellschaftlich etablierten wie auch derzeit illegalen Drogen bedürfen weder der Strafverfolgung noch der Schikanierung durch die Polizei.

Die Entkriminalisierung bestimmter Straftatbestände sowohl im BTMG als auch das Erschleichen von Beförderungsleistungen § 265a StGB sind Ziele der PIRATEN Berlin, die sich über Bundesratsinitiativen und nicht im Alleingang Berlins lösen lassen.

Die PIRATEN Berlin fordern bis zu Einführung einer zufriedenstellenden Regelung auf Bundesebene, durch Weisungen des Justizsenats an die Ermittlungsbehörden eine andere Priorität bei der Verfolgung von Straftaten zu setzen, so dass Ladendiebstahl, geringer Besitz von Rauschmitteln zur Eigennutzung oder Schwarzfahren eine geringere Ermittlungs- und Strafverfolgungspriorität erhalten.

Die PIRATEN Berlin fordern drei Ermittlungsschwerpunkte:

Ermittlungsschwerpunkt Jugendkriminalität:

Die Piratenpartei fordert, dass ein Ermittlungsschwerpunkt die Jugendkriminalität wird. Es gehört zur Entwicklung des Menschen, in diesem Alter Grenzen auszuloten. Der Ermittlungsschwerpunkt soll nicht Repression und Bestrafung, sondern Hilfe und Unterstützung zum Ziel haben. Die Jugendsozialarbeit soll hier noch stärker als bisher mit einbezogen werden. Für Jugendliche muss in ganz besonderem Maß gelten, dass Straftäter in erster Linie als Menschen betrachtet werden, die Hilfe brauchen.

Ermittlungsschwerpunkt Steuer- und Wirtschaftskriminalität:

Die Piratenpartei möchte aus Gründen der sozialen Balance Steuer- und Wirtschaftskriminalität zu einem weiteren Ermittlungsschwerpunkt machen. Dafür sind Ermittlungsbeamte und Juristen mit dem erforderlichen wirtschaftswissenschaftlichem Know-How einzustellen. Da in diesem Bereich nicht nur große finanzielle Schäden für die Gesellschaft vermieden werden können, sondern bei solchen Verfahren oft auch hohe Geldstrafen anfallen, sind dadurch keine Nachteile für die öffentlichen Haushalte zu befürchten.

Ermittlungsschwerpunkt Gewaltkriminalität:

Den dritten Ermittlungsschwerpunkt soll Gewaltkriminalität bilden. Körperli-

che und/oder sexualisierte Gewalt traumatisiert Menschen deutlich mehr als Delikte wie Diebstahl oder Betrug. Hier braucht es auch eine Fortbildung der Ermittlungsbeamte, um bei solchen Delikten mit der erforderlichen Rücksichtnahme auf die Opfer zu agieren. Gewaltkriminalität ist in Einzelfällen auch aus den Reihen der Polizei zu beklagen. Da damit das Gewaltmonopol des Staates delegitimiert wird, geht hier der Schaden über den konkreten Einzelfall deutlich hinaus. Solche Delikte sind mit großer Entschiedenheit aufzuklären und zu ahnden. Alle Polizeibeamte sind dazu zu ermuntern, nicht aus falsch verstandener Loyalität schwarze Schafe in ihren Reihen zu decken.

Unabhängige Beschwerdestelle für Polizei-Übergriffe

Für Beschwerden über Polizei-Übergriffe richtet die dafür zuständige Staatsanwaltschaft eine unabhängige Beschwerdestelle ein. Ihr wird für diese Aufgabe eine Task-Force von polizeilichen Ermittlungsbeamten zur Seite gestellt. Diese sollen dienstrechtlich der Staatsanwaltschaft zugeordnet sein und nicht aus dem Polizeidienst dieses Bundeslandes rekrutiert werden dürfen. Sie können stattdessen etwa aus der Bundespolizei oder der Polizei eines Nachbarlandes eingestellt werden. Die Beschwerdestelle ist auch zuständig, wenn sich Polizeibeamte im Dienst gemobbt oder diskriminiert fühlen.

Berliner Versammlungsgesetz

Für das Berliner Versammlungsgesetz fordern wir Änderungen, welche das Recht der Teilnehmer auf Versammlungsfreiheit stärken und anlasslose Kontrollen der Polizei von Demonstrierenden und Unbeteiligten abschaffen.

Wir fordern folgende Korrekturen im Berliner Versammlungsgesetz:

Bild- und Tonaufnahmen sowie Personenkontrollen dürfen nicht aufgrund von bloßen Vermutungen durchgeführt werden, sondern nur aufgrund konkreter und tatsächlich nachvollziehbarer Anhaltspunkte, die auf eine erhebliche Gefahrensituation für die öffentliche Sicherheit und Ordnung hinweisen. Auf Versammlungen vorgenommene Aufnahmen sind der Versammlungsleitung ohne Anforderung zur Verfügung zu stellen. Die Verwendung von Bild- und Tonmaterial zur Schulung von Polizei- und Sicherheitskräften bedarf der Zustimmung des gefilmten Personenkreises und der Versammlungsleitung. Die Freiheit politischer Versammlungen ist nicht durch Vorgaben in der Verwendung von bestimmten Materialien und der Lautstärke einzuschränken. Das Vermummungsverbot ist aufzuheben. Über den Einsatz und die Anzahl ziviler Beamter ist die Versammlungsleitung zu informieren. Zusätzlich haben diese sich spätestens zu Beginn der Veranstaltung bei der Versammlungsleitung vorzustellen.

Wir lehnen Überwachung im öffentlichen Raum ab

Wir lehnen die Video-Überwachung im öffentlichen Raum ab. Passanten werden durch Verletzung der Unschuldsvermutung unter Generalverdacht gestellt. Weder akustische noch optische Warnungen informieren über die Aufzeichnungen durch Kameras.

Die PIRATEN Berlin fordern als Maßnahme zur Deeskalation den gezielten Einsatz von Polizeibeamten und geschultem Sicherheitspersonal im öffentlichen Raum. Spätestens seit der Kölner Silvesternacht ist nun deutlich nachgewiesen, dass Kameras Polizisten nicht ersetzen können. Videoüberwachung schafft keine zusätzliche Sicherheit. Videoüberwachung ist keine wirksame Präventionsmaßnahme.

Die PIRATEN Berlin fordern die sofortige Löschung sämtlicher Videoaufzeichnungen, die der Identifizierung von Personen dienen können und ohne konkreten Anlass erfolgt sind. Speicherfristen sind kein wirksames Mittel, die Verletzung von Persönlichkeitsrechten zu heilen. Die Gefahr besteht hier in der Auswertung, Dokumentation oder Weiterleitung an staatliche Behörden sowie in der Kombination mit digitalen Systemen zur Bildererkennung (Biometrie).

Verwaltung der wachsenden Stadt anpassen

Die PIRATEN Berlin fordern, die Verwaltung sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene personell und finanziell zu stärken. Die wachsende Stadt stellt zusätzliche Anforderungen an die Verwaltung. Die Personalsituation muss entsprechend dem Bedarf angepasst werden. Hierzu gehört auch eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Ausbildungs-offensive und Förderung des Personals. Hierunter verstehen wir speziell: Weiterbildung, Karrieremöglichkeiten und Personalentwicklungspläne.

Die PIRATEN Berlin fordern eine bürgernahe Verwaltung, denn eine Zentralisierung von Bezirksaufgaben auf Landesebene löst nicht das Problem des Personalmangels.

Mehr Personal für die öffentliche Verwaltung

Die PIRATEN Berlin fordern mehr Personal für die öffentliche Verwaltung in Berlin, so dass die Aufgaben des Staates von der Verwaltung gesetzeskonform erfüllt und insbesondere Fristen durch die Bürger eingehalten werden können.

Digitalisierung in der Verwaltung

Die PIRATEN Berlin fordern endlich die Einführung der E-Akte. Sie beschleunigt und erleichtert die Prozesse in der Verwaltung.

Verwaltungsvorgänge in den Bürger- und Ordnungsämtern sind soweit wie möglich auch als Onlineverfahren anzubieten.

Mehr Freiheit wagen - Verfassungsschutz auflösen!

Eine überwachte Gesellschaft ist nicht frei. Ein Geheimdienst, der politische Aktivitäten von Berliner_innen überwacht und geheime Akten über sie anlegt, widerspricht unserer Vorstellung von einer freien, offenen Gesellschaft. Wir PIRATEN fordern daher die Auflösung des Berliner Verfassungsschutzes. Eine unabhängige Kommission soll die bisherige Tätigkeit des Verfassungsschutzes aufarbeiten. Alle sollen die über sie gesammelten Daten einsehen können.

Asyl- & Migrationspolitik

Berlin ist eine Stadt, die von der Vielfalt der verschiedenen Kulturen, Weltanschauungen, Religionen und Lebensmodelle lebt. Aus unserem Verständnis einer offenen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft heraus lehnen wir jegliche Art von Repressalien, Bedrohungen und Diskriminierungen von Geflüchteten in Berlin und auf Bundesebene ab. Daher müssen alle Verfahrensweisen in der Asyl- und Migrationspolitik uneingeschränkt auf den Prüfstand. Dabei muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Die Geflüchteten selbst und die bereits in dieser Thematik erfahrenen Organisationen sind dabei in den Diskurs stärker einzubeziehen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein

- Ende der Residenzpflicht!
Jedem Geflüchteten, der in Deutschland lebt, ist die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ohne Einschränkungen zu gewähren. Eine Einschränkung in der Wahl des Aufenthaltsortes ist nichts anderes als Inhaftierung in einem großflächigen Gefängnis.
- “Sichere Herkunftsländer” im Sinne der Asylpolitik gibt es nicht
Verfolgung, Diskriminierung und Repressalien lassen sich nicht per Definition abschaffen.
- Abschaffung der Drittstaatenregelung.

- Abschaffung diskriminierender Sondergesetze wie des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Lebenssituation von Geflüchteten verbessern

Als Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen setzen wir uns insbesondere für folgende Punkte ein:

- Eine individuelle Betrachtung der Fluchtgründe von Asylbewerbern, die sich an der konkreten gesellschaftlichen Situation im jeweiligen Heimatland bemisst
- Zügige Anerkennungsverfahren gemäß Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskommission (EMRK).
- Anspruch auf unabhängige Beratung für Geflüchtete im Anerkennungsverfahren
- Eine Bleiberechtsregelung, die die gesamte Familie umfasst, die besondere Situation von Eltern und Kindern sowie das Votum der Härtefallkommission berücksichtigt.
- Ein generelles Ende der Praxis der Abschiebehaft, insbesondere bei Minderjährigen.
- Eine umfassende Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete und Erleichterungen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen.
- Statt Lagerpolitik dezentrale Unterbringung von Geflüchteten. Lagerpolitik ist isolierend und verhindert die Integration.
- Verbesserung der Unterbringungssituation von Geflüchteten
 - Privatsphäre, Sozialräume, Schließfächer, Waschmaschinen, Internetzugang in den Qualitätsstandard aller Unterkunftsarten aufnehmen.
 - Regelmäßige Kontrollen der Träger und Unterbringungssituation.
 - Keine Überbelegung in Großunterkünften.
 - Stadtplanerische Gestaltung der Unterkünfte mit Schaffung von Sozial- und Begegnungsräume vor Berliner_innen und Neuankömmlingen.
- Vollumfängliche und zeitnahe Gewährung aller zustehenden Sozialleistungen
- Den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und die vereinfachte Anerkennung von Qualifikationsnachweisen aus dem Heimatland
- Maßnahmen zur Weiterbildung, um die Integration in die Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Verwaltung muss effizient sein

Die PIRATEN Berlin fordern:

- Zusammenführung aller beteiligten Ämter für die Belange des Asylverfahrens
- Personalausstattung bedarfsorientiert ausrichten
- Bedarfsorientierte Öffnungszeiten der Anlaufstellen für Geflüchtete
- Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen
- Lösungsorientiertes Verwaltungshandeln

Suchtpolitik

Das Menschenbild der Piratenpartei erlaubt den Blick auf Rausch als festen Bestandteil menschlichen Verhaltens. Ein generelles Verbot von rauschwirksamen Substanzen lehnen wir ab. Information, Forschung und Aufklärung halten wir für die Säulen einer vernünftigen Drogenpolitik.

Die auf Prohibition abzielende repressive Drogenpolitik in Deutschland ist gescheitert. Sie kann nicht verhindern, dass auch weiterhin Drogen konsumiert werden, teilweise mit schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen. Problemen, die durch ein selbstschädigendes Suchtverhalten auftreten, soll durch Hilfe, Unterstützung und Beratung, aber nicht durch strafrechtliche Verfolgung entgegengewirkt werden. Die Prohibition führt dazu, dass Menschen mit problematischem Drogenkonsum aus Angst vor Strafverfolgung keine Hilfe bei entsprechenden Einrichtungen suchen und sich diesen nicht anvertrauen.

Konsumierendenjagd beenden, konsequente Vorsorgepolitik starten

Die sozialen und kulturellen Besonderheiten der Großstadt Berlin betreffen auch den Umgang mit Rausch auslösenden Substanzen. Die PIRATEN Berlin wollen mit Modellversuchen neue drogenpolitische Lösungen in Zusammenarbeit mit Betroffenen erarbeiten, mit dem Ziel, eine pragmatische Suchtpolitik auf den Weg zu bringen, und so Schaden von der Gesellschaft und den Menschen abzuwenden.

Problembewusstsein stärken, riskanten Konsum verhindern

Wir wollen Menschen dabei unterstützen, einen risikobewussten Umgang mit Rauschmitteln zu lernen. Neben dem selbstverständlichen Jugendschutz ist Aufklärung und Begleitung notwendig.

Flankierend wollen wir den Ethikunterricht an Berliner Schulen um ein Modul erweitern, das den Gebrauch bewusstseinsverändernder Substanzen im historisch-kulturellen und psychosozialen Kontext erarbeitet. Ziel dieses Unterrichts wird es sein, mündigen Konsument_innen Werkzeuge zur Selbstkontrolle aufzuzeigen. Diese Präventionsarbeit in Schulen kann jedoch nur dann gelingen, wenn vom Abstinenzdogma abgerückt wird.

Suchtarbeit

Wir fordern, die finanziellen Mittel des Senats für Hilfsangebote in der Suchthilfe deutlich aufzustocken, sowie niedrigschwellige Angebote, mehr Schutzräume in denen schwer Suchtkranke passende Hilfsangebote erhalten und mehr Fachpersonal. Die therapeutische Arbeit wird dabei bisher illegale/legale Rausch auslösende Substanzen und nicht stoffgebundene Süchte gleichberechtigt einschließen. Die finanziellen Mittel sollen im Jahresrhythmus den gewonnenen Erkenntnissen und den Entwicklungen angepasst werden.

Wir wollen alle Möglichkeiten, die das Betäubungsmittelgesetz jetzt schon bietet, tatsächlich und im für die Stadt notwendigen Umfang anwenden. Hierbei werden wir in den Bezirken und in der Gesamtkommune eng zusammenarbeiten.

Konsumierende schützen, Gesundheitsschäden minimieren

Wir wollen Konsument_innen einen risikobewussten informierten Umgang mit Rauschmitteln vermitteln. Das Wissen um Inhaltsstoffe und Beimengungen ist eine der Grundlagen risikoarmen Drogengebrauchs. Häufig ist die Gefahr durch Verunreinigungen und Beimengungen größer als die, die vom Rausch auslösenden Stoff ausgeht. Wir setzen uns dafür ein, dass Konsument_innen anonym und sicher vor Strafverfolgung die Inhaltsstoffe der Substanzen bei zugelassenen Stellen mit "Drugchecking"-Programmen überprüfen können, um so Gesundheitsgefährdungen durch Überdosierungen und Beimengungen vorzubeugen.

Ergebnisse der Substanzprüfungen durch die Prüfstellen sowie der von den Sicherheitsbehörden durchgeführten Tests sollen veröffentlicht werden. Besonderes Augenmerk richten die PIRATEN Berlin hier auf legale Rauschmittel, die “legal Highs”, deren Konsum nach neuesten Erkenntnissen mit erheblichen Risiken verbunden sein kann.

Senkung der Kosten der Strafverfolgung

Das Bundesverfassungsgericht hat der Politik eine klare Vorgabe erteilt, was den Besitz geringer Mengen Cannabis betrifft. Die PIRATEN Berlin wollen diese Vorgabe zur Entlastung der Strafverfolgungsbehörden umsetzen, um die so gewonnenen Kapazitäten in anderen Bereichen der Kriminalität einzusetzen. Dazu werden wir die Regelung zur geringen Menge von Ausnahmetatbeständen befreien.

Schritte auf dem Weg zur Cannabislegalisierung

Die PIRATEN Berlin sehen die Legalisierung des Besitzes, Erwerbs und Anbaus von Cannabis als ersten Schritt auf dem Weg einer informierenden, eigenverantwortlichen und nicht repressiven Drogenpolitik. Für die gewerbliche Abgabe schlagen wir Formen des staatlich organisierten Anbaus bzw. des legalen Anbaus unter staatlicher Kontrolle mit Abgabestellen ähnlich der Tabak- und Alkoholabgabe mit Jugend- und Verbraucherschutz vor, in denen jeder Erwachsene Cannabis inklusive Beratung und Qualitätssicherung erhalten und konsumieren kann.

Cannabis Social Clubs sind gemeinnützige offiziell eingetragene Vereine, in denen erwachsene Mitglieder den Anbau einer auf den erwarteten Bedarf der Mitglieder begrenzten Menge Cannabis für ihren Eigenbedarf organisieren.

Alle Berliner_innen sollen bis zu 40 Pflanzen Cannabis anbauen, ernten und lagern dürfen. Die Ware wird geprüft und kann in den Verkehr gebracht werden. Jeder Bezirk bekommt mindestens 5 Abgabestellen. Der Zugang zu natürlichem Cannabis oder extrahierten Konzentraten als Medizin soll den Patient_innen direkt und schnell ermöglicht werden. Wegen der chronischen Unterversorgung des Marktes für medizinisches Cannabis sollen Patient_innen mit ärztlicher Verschreibung schnellstmöglich straffrei zur Eigenversorgung anbauen dürfen, oder sich in Social Clubs organisieren, um ihre Versorgung zu sichern.

Solange der Konsum und Anbau illegal sind, übernehmen diese gemeinnützigen Vereine wichtige Präventionsarbeit durch Aufklärung über die Wirkweise, Kon-

sumformen und mögliche negative Auswirkungen des Konsums und Besitzes der noch illegalen Droge.

Legalisierung des Eigenanbaus von Cannabis

Die Piratenpartei Berlin fordert den Anbau von Cannabis durch Erwachsene für den Eigenbedarf zu legalisieren. Nichtkommerzielle Anbaugemeinschaften ohne Gewinnerzielungsabsicht sollen den Anbau für den Eigenbedarf der Mitglieder übernehmen dürfen.

Schwerstabhängigen konsequent helfen, Begleiterkrankungen verhindern

Es ist unverständlich, dass das Land Berlin die vom Bundestag ermöglichte Echtstoffabgabe von Heroin an Schwerstabhängige noch immer nicht umgesetzt hat. Sucht kennt keine Öffnungszeiten. Wir werden die Berliner Konsumräume deshalb mit Mitteln ausstatten, die eine bedarfsgerechte Arbeit jenseits klassischer Bürozeiten ermöglichen. Darüber hinaus werden wir das Konzept "Hilfe durch Drogenkonsumräume" auf andere Substanzen erweitern. Dies wird das frühzeitige Erkennen neuer Rauschtrends ermöglichen und Problemkonsument_innen die Scheu vor Hilfsangeboten nehmen. Die bisherige, auf Strafe setzende Drogenpolitik hat die Suchtprobleme der Gesellschaft in die Gefängnisse verlagert. Die Ausstattung der Justizvollzugsanstalten mit suchttherapeutischen Angeboten hinkt dieser Entwicklung hinterher. Wir werden diesen Missstand beseitigen und setzen uns für Spritzenautomaten und Herointherapie in Gefängnissen ein. Die PIRATEN Berlin fordern einen Rechtsanspruch für Schwerstabhängige auf die Behandlung mit Diamorphin.

Bestehende Netzwerke nutzen, gemeinsam Zukunft gestalten

Die PIRATEN Berlin streben die Zusammenarbeit mit geeigneten gesellschaftlichen Gruppen und Parteien an, die sich vorurteilsfrei mit dem Konsum von Genuss- und Rauschmitteln und den Folgen auseinandersetzen. Gemeinsam werden wir eine Suchtpolitik erarbeiten, die riskantem Drogengebrauch vorbeugt, echten Jugend- und Verbraucherschutz ermöglicht und überdies die Rechte von Nichtkonsument_innen schützt.

Wirtschaft- & Daseinsvorsorge

Nachhaltigkeit in der Berliner Wirtschaft

Wir setzen uns für eine nachhaltige, ökologische Wirtschaftspolitik ein, die die Potenziale in Kultur, Wissenschaft, Gesundheit, Umwelt und Bildung ausschöpft.

Die PIRATEN Berlin unterstützen die regionale nachhaltige Produktion und Förderung fair gehandelter Produkte.

Der Standort Berlin muss als Innovationshochburg mit zahlreichen Startups, Kunst- & Kulturszene weiter gefördert werden. Insbesondere gehören dazu bezahlbare Gewerbeflächen für kleine und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe, Kunst und Kultur.

Die Wirtschaftsförderung im Land Berlin wird so ausgestaltet, dass nachhaltiges Wirtschaften im Sinne einer Gemeinwohlökonomie gefördert wird. Wirtschaften, das zu Lasten des Gemeinwohls geht, soll mit höheren Steuern und Abgaben belegt und nicht mehr gefördert werden. Dazu werden die PIRATEN Berlin eine Gemeinwohlbilanz unterstützen, nach der die Betriebe in Berlin hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit eingestuft werden.

Merkmale einer Unternehmung im Sinne der Gemeinwohlökonomie sind unter anderem ethisches, ökologisches und transparentes Beschaffungs-, Finanzmanagement und Verkaufen, Förderung von Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung, innerbetriebliche gerechte Verteilung des Einkommens sowie Demokratie, Transparenz und Familienfreundlichkeit.

Kreativwirtschaft braucht Urbanität

Die freie Kulturszene, unabhängige Labels, Multimediaunternehmen oder die Modeszene stehen für die Vielfalt und Kreativität Berlins. Sie haben eine Anziehungskraft, die weit über die nationalen und europäischen Grenzen wirkt. Die PIRATEN Berlin setzen sich für eine stabile Förderstruktur von Kunst und Kultur ein. Diese soll sich an die freie Kulturszene, Gründer und Kulturinstitutionen richten. Beispielsweise sollen ihnen Raum und Freiflächen zur Verfügung gestellt werden. Wir werden leer stehende Gebäude, die sich im Besitz der Stadt Berlin befinden, mit Kunst und Kultur beleben, um Kulturschaffenden und Unternehmensgründern eine Existenzgrundlage zu geben.

Transparenz verhindert Korruption

Rechtsgeschäfte der öffentlichen Hand, zum Beispiel öffentliche Aufträge, müssen in jeder Hinsicht transparent sein. Nur so können Korruption verhindert und faire Bedingungen für alle Wettbewerber garantiert werden. Eine Einsichtnahme in Verträge der öffentlichen Hand ist aus Sicht der Piratenpartei ein grundsätzliches Recht des Bürgers. Die Verwendung der Haushaltsgelder muss für jeden nachvollziehbar und überprüfbar sein. Die Ausschreibungskriterien sind zusätzlich so zu veröffentlichen - z.B. im Internet, dass der Bürger den Entscheidungsprozess begleiten kann. Eines unserer Grundanliegen ist die Umsetzung der Prinzipien von OpenGovernment, also den freien Zugang auf öffentliche Daten zu gewähren.

Echte Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Die Piratenpartei setzt sich für Bürgerentscheide ein. Vor allem bei Investitionen, welche mit einem erheblichen finanziellen Risiko belastet sind oder einen maßgeblichen Einfluss in der Stadtentwicklung haben, müssen echte Bürgerentscheide die bisherige, lediglich Meinungen abfragende, Bürgerbeteiligung ersetzen. Die Investition darf erst nach Legitimation durch die betroffenen Bürger_innen in Planung gehen.

Daseinsvorsorge und Sicherung der Infrastruktur in kommunale Verantwortung

Die PIRATEN Berlin werden die Aufgabe der Sicherung der Infrastruktur zurück in kommunale und staatliche Verantwortung übertragen. Die Privatisierung von Diensten, wie Gas-, Strom- und Wasserversorgung, Gesundheitsversorgung, sowie Abwasserbehandlung lehnen wir ab. Das Wahrnehmen der Aufgaben zur Daseinsvorsorge und Sicherung der Infrastruktur stärkt die Strukturen der Gesellschaft.

Regenerative und kommunale Energie in Berlin

Zur Sicherstellung einer flächendeckenden und lückenlosen Energieversorgung Berlins und Deutschlands, setzen sich die PIRATEN Berlin für eine Förderung von regenerativen Energieformen und dezentralen Erzeugungsnetzwerken ein. Netze und Energieproduktion müssen in ein kommunales Stadtwerk überführt werden.

Keine Zwangsmitgliedschaft in der IHK

Die PIRATEN Berlin werden über den Bundesrat darauf hinwirken, dass die Zwangsmitgliedschaft für Unternehmer in der IHK unverzüglich bundesweit verboten wird. Die IHK ist kein staatliches Organ, sie ist keine staatliche Verwaltung und sie ist eine intransparente Organisation, die politisch und meinungsbildend aktiv ist.

Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 7 %

Die Grunderwerbsteuer liegt derzeit bei 6 % in Berlin, während viele Städte bereits 6,5 % verlangen. Um die rasante Spekulation in Berlin zu bremsen und für das Land daraus Steuereinnahmen zu generieren, wird eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 7 % vorgeschlagen. Gleichzeitig wird auf ein Gesetz hingearbeitet, das es verbietet, die Grunderwerbsteuer versteckt auf die Mieter abzuwälzen.

Steuerzahler_innen haften nicht für Banken

Liquiditätsprobleme von Banken dürfen nicht zu Lasten der Steuerzahler gehen. Diese übergeordnete Forderung der PIRATEN Berlin betrifft auch den Umgang mit Banken in Berlin und ist gerade bei den Berliner Landesbanken als ethisches Grundprinzip zu setzen. Die PIRATEN Berlin fordern eine Bankenregulierung, die Schieflagen durch scharfe Eigenkapitalvorschriften vermeidet. Eigentümer und Gläubiger müssen in Krisen oberhalb der Einlagensicherung voll an Verlusten beteiligt werden. Banker, denen Misswirtschaft nachgewiesen werden kann, müssen nach den Möglichkeiten des Strafrechts für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden.

Kein Geld mehr für den Flughafen Berlin Brandenburg

Die Piratenpartei Berlin will durchsetzen, dass keine zusätzlichen öffentlichen Gelder für die Fertigstellung des BER mehr ausgegeben werden. Der Bau wird gestoppt und der Senat wird beauftragt, ein klares Konzept zur Fertigstellung oder Nutzung zu entwickeln und alle bestehenden Gutachten und Verträge offenzulegen, bevor weitergebaut wird. In diesem Zuge ist zu prüfen, ob die Suche nach einem neuen Standort und ein Neubau des Flughafens BER günstiger wären, als die weiteren Bemühungen um einen funktionstüchtigen Flughafen am aktuellen Standort. Weiterhin wird eine Prüfung gefordert, ob es aus Kostengründen sinnvoller wäre, den Bau eines Flughafens komplett aufzugeben

und stattdessen die nächstgelegenen vorhandenen Flughäfen auszubauen und weiter zu nutzen. Zusätzlich fordert die Piratenpartei Berlin eine Prüfung der möglichen Nachnutzungsoptionen für das Gelände des unfertigen Flughafens BER, falls sich ein anderer Ort als besserer Flughafenstandort herausstellt oder die Flughafenplanung eingestellt wird.

Anbau von Nutzhanf erleichtern und Förderung der Produktion von Nutzhanfprodukten

Nutzhanf ist ein umweltfreundlicher Rohstoff mit zahlreichen Verwendungsmöglichkeiten, dessen Anbau und Weiterverarbeitung aufgrund der Prohibition von Cannabis als Genussmittel erschwert ist. Die Piratenpartei Berlin setzt sich dafür ein, den Anbau von Nutzhanfpflanzen ohne rauscherzeugende Wirkung für die Verarbeitung der Pflanzenteile, zu Bildungs- und Forschungszwecken oder zur Verbesserung der Bodenqualität gesetzlich zu erleichtern und fordert die Forschung und Entwicklung im Bereich der Verarbeitung von Bestandteilen der Hanfpflanze zu fördern.

Mehr Geld für die Bezirke

Die öffentlichen Haushalte in Berlin sind so aufzustellen, dass die vorgesehenen Leistungen nach der gesetzlich geforderten Qualität erbracht werden können. Dazu müssen die Zuweisungen an die Bezirke angemessen erhöht werden. Das Personal muss angemessen vergütet und die Zahl der Stellen deutlich erhöht werden. Die Übernahme neuer Aufgaben durch die Bezirke muss sich auch in höheren Zuweisungen abbilden.

Kein Freihandelsabkommen TTIP

Die PIRATEN Berlin lehnen das Freihandelsabkommen TTIP als intransparent, undemokratisch und auf die Interessen der multinationalen Konzerne zugeschnitten ab. Das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und seine Blaupausen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement / Canada – EU Trade Agreement) und TISA (Trade in Services Agreement, Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) bedrohen den Verbraucherschutz, Datenschutz, Daseinsvorsorge, Sozialstandards und demokratische Grundrechte. Deregulierungsabkommen wie TTIP beziehen sich nicht auf Warenhandel, sondern wesentlich auf Dienstleistungen und Standards. Das hat weitreichende und kaum abzuschätzende Folgen für die kommunale Selbstbestimmung Berlins. Die kommunale Organisationsfreiheit

bei der Daseinsvorsorge wird von TTIP bedroht. Nachdem die Reform des europäischen Vergaberechtes der Organisationsfreiheit in der Daseinsvorsorge Berlins mehr Freiraum verschafft hat, bedroht das Freihandelsabkommen die hier erkämpften Bereichsausnahmen von Rettungsdiensten, Pflege, Rettung, Bildung, Energie und Wasserwirtschaft. Der in den Freihandelsabkommen geplante Investitionsschutz ist zwischen demokratischen Staaten nicht nötig, denn es gibt genügend Möglichkeiten gegen Diskriminierung im Markt vorzugehen. Erst recht bedeutet ein Investitionsschutz Nachteile für die Kommune. Mittels Schiedsgerichtsregeln können zum Beispiel in TTIP Regulierungen zu Fracking oder Schutz der Trinkwasserversorgung gekippt werden. Die Bürger_innen Berlins haben mit Initiativen zur Rekommunalisierung von Energie und Wasserwirtschaft sowie zum Tempelhofer Feld, ein klares Votum für mehr Mitbestimmung abgegeben. Da mit TTIP alle neuen Gesetze mit den Freihandelspartnern abgestimmt werden müssen, beschränkt TTIP nicht nur die Spielräume für die nationalen und kommunalen Parlamente, sondern auch die Möglichkeiten zur direkten Demokratie. Die Bürger_innen Berlins haben bisher keine Möglichkeiten, auf die intransparenten Verhandlungen Einfluss zu nehmen. Erst seit kurzer Zeit und nach langen Protesten sind für Parlamentarier des Bundestages Lesesäle eingerichtet, aus denen keinerlei Dokumentation mitgenommen werden kann. Wir PIRATEN Berlin fordern umfassende Transparenz des Abkommens und Einsicht für alle Berliner Initiativen und Organisationen und wenden uns insbesondere gegen die Einflussnahme auf Rekommunalisierungsbemühungen in Berlin.

Bürgerschaftliches Engagement

Der Staat leistet die Pflicht, Bürgerschaftliches Engagement ist die Kür. Bürgerschaftliches Engagement ersetzt nicht den Staat. Das Land Berlin darf sich nicht aus seiner Verantwortung für die Bürger_innen der Stadt zurückziehen. Bürgerschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil zum Wohle einer lebendigen, vielfältigen und solidarischen Gesellschaft.

Öffentliche Würdigung

PIRATEN Berlin fordern, dass das freiwillige Engagement durch das Land und die Bezirke mehr gewürdigt wird. Die Möglichkeiten zur Beteiligung sollen bekannter gemacht werden. Wir fordern, dass ein Tag wie "Berlin sagt Danke!" jährlich stattfindet.

Vernetzung stärken

Die Möglichkeiten der Vernetzung von gleichgesinnten Freiwilligen, Verbänden und Vereinen sollen gestärkt werden. PIRATEN Berlin wollen, dass bürgerschaftlich Engagierte mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen in den politischen Entscheidungsprozessen stärker Berücksichtigung finden.

Stellenwert erhöhen

PIRATEN Berlin fordern folgende Maßnahmen, um den Stellenwert aller freiwilligen Tätigkeiten zu erhöhen:

- Der Zugang zu Informationen von Verwaltungen und Verbänden soll erleichtert und ermöglicht werden. Dabei sollen insbesondere die elektronischen Medien stärker genutzt werden. Die Möglichkeiten der Bürger_innen zur direkten Information und direkten Beteiligung, insbesondere im Netz, sind auszubauen.
- Nutzungsmöglichkeit eines Sekretariatservice und von Räumlichkeiten für ihre Arbeit.
- Ausbau, Stabilisierung und finanzielle Förderung von speziellen Infrastruktureinrichtungen, wie Freiwilligenagenturen, kommunalen Bürgerbüros (“Ehrenamtsbüro”) in allen Bezirksämtern, Beratungs- und Selbsthilfekontaktstellen.
- Versicherungsschutz (Unfall- und Haftpflichtversicherung).
- Auslagerstattung, insbesondere für Fahrtkosten.
- Fortbildungsangebote und Einführung sowie Begleitung.
- Die Ehrenamtskarte soll in ihren Leistungen aufgewertet werden.
- Freiwillige sind in die Lage zu versetzen, Familienleben, Erwerbsleben und bürgerschaftliches Engagement besser miteinander vereinbaren zu können.
- Ehrenamtstag an den Schulen.

Geschlechter- & Familienpolitik

Die Geschlechter- und Familienpolitik der Piratenpartei basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens. Die PIRATEN Berlin setzen sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird. Jeder Mensch muss sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und für die individuell von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Das Zusammenleben von

Menschen darf nicht auf der Vorteilmahme oder Ausbeutung Einzelner gründen.

Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung

Die Piratenpartei steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenbildern ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und sind zu überwinden.

Die Piratenpartei lehnt die Erfassung des Merkmals “Geschlecht” durch staatliche Behörden ab. Übergangsweise kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen. Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist abzuschaffen. Geschlechtszuordnende Operationen an nichtzustimmungsfähigen Personen sind abzulehnen.

Freie Selbstbestimmung über Fortpflanzung

Die PIRATEN Berlin fordern, Verhütungsmittel für alle niedrigschwellig, anonym und kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Dies umfasst auch Kurse zur natürlichen Familienplanung. Notfallverhütungsmittel müssen grundsätzlich kostenfrei und unbürokratisch zugänglich sein. Die Entscheidung, eine Schwangerschaft auszutragen oder nicht auszutragen, obliegt der Schwangeren. Die PIRATEN Berlin setzen sich für die Möglichkeit der selbstbestimmten Geburt ein. Um das Angebot an freiberuflichen Hebammen und Geburtspflegern sicherzustellen, muss deren Berufshaftpflichtversicherung durch das Land Berlin gewährleistet werden. Wir setzen uns dafür ein, die Möglichkeiten der anonymen Geburt niedrigschwelliger zu gestalten. Die Piratenpartei Berlin setzt sich für den Erhalt und Ausbau von sogenannten “Babyklappen“ ein. Wir streben eine gesetzliche Regelung an, die zumindest eine Babyklappe in jedem Krankenhaus mit Geburtsstation in Berlin vorsieht. Wir setzen uns für eine Vereinfachung des Adoptionsrechtes ein und fordern grundsätzlich die Möglichkeit für alle Menschen, Kinder zu adoptieren.

Kinderwünsche auch in nicht klassischen Familienbildern realisieren

Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder Menschen gepflegt werden, verdienen einen besonderen Schutz und Unterstützung durch den Staat und die Gesellschaft. Wir setzen uns für den Abbau bestehender geschlechtlicher Rollenzuschreibungen und gesellschaftlicher Erwartungshaltungen ein. Der Wunsch, eine Familie zu gründen, darf nicht am klassischen Familienbild hängen bleiben. Die geschlechtliche Identität oder die sexuelle Orientierung darf hierbei keine Rolle spielen.

Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Die PIRATEN Berlin bekennen sich zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine bloß historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab. Die Betreuung von Kindern, Alten und Menschen mit Assistenzbedarf ist besonders zu fördern.

Andere Lebenspartnerschaften

Wir PIRATEN Berlin setzen uns dafür ein, dass der Begriff „Ehe“ durch die „eingetragene Lebenspartnerschaft“ ersetzt wird. Die auf der Ehe basierenden Rechte und Pflichten sind auf die „eingetragene Lebenspartnerschaft“ zu übernehmen. Des Weiteren wollen wir für alle Formen der homosexuellen, heterosexuellen und polyamoren Partnerschaften die eingetragene Lebenspartnerschaft öffnen. Damit soll sie über den monogamen Anspruch hinaus auch das Zusammenleben von mehr als zwei Personen rechtlich regeln.

Recht auf Namensänderung

Wir wollen das Personenstandsgesetz reformieren, sodass jede Person das Recht hat, ihren Namen selbst zu wählen und behördlich zu ändern.

Kinderarmut bekämpfen

Die Armutsquote unter den Kindern und Alten in Berlin ist hoch. Die PIRATEN Berlin fordern ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Erster Schritt könnte ein Kindergrundeinkommen sein. In Berlin fordern wir die kostenfreie Nutzungsmöglichkeit des ÖPNV für Kinder und kostenloses Schulesen. Wir benötigen bezahlbaren Wohnraum für Alleinerziehende, damit sie in ihrem Kiez und ihrem sozialen Umfeld bleiben können. Die PIRATEN Berlin fordern den Ausbau und die langfristige finanzielle Absicherung von Projekten, wie den Integrationslotsen, Stadtteilmütter.

Frühkindliche Bildung

Bildung beginnt mit der Geburt und hört nie auf, ein wichtiger Bestandteil des Lebens zu sein. Frühkindliche Bildung ist dabei von zentraler Bedeutung. Alle Kinder müssen ungeachtet bestehender Unterschiede so gefördert werden, dass sie mit möglichst guten Voraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen können. Dazu braucht es gebührenfreie, flexible, bei Bedarf ganztägig und gut erreichbare Angebote in Krippen, Kindergärten und bei Tageseltern. Die Piratenpartei setzt sich für gleiche Förderungsmöglichkeiten öffentlicher und freier Träger ein.

Kinderbetreuung und Rechte von Kindern und Jugendlichen

Die PIRATEN Berlin setzen sich für eine Reduzierung der gesetzlichen Fachkraft-Kind-Regelung bei Kindern unter drei Jahren auf drei Kinder ein. Ebenso muss der gesetzliche Betreuungsschlüssel bei älteren Kindern und bei Teilzeit- und Halbtagsbetreuung entsprechend gestaffelt gesenkt werden. Die PIRATEN Berlin setzen sich für eine flexible Kinderbetreuung ein und fordern deren weiteren Ausbau. Eine wohnortnahe Versorgung mit Kitaplätzen ist auszubauen, betriebliche Kitas sind zu fördern. Zur Gewährleistung der finanziellen, personellen und fachlichen Rahmenbedingungen für einzuhaltende Qualitätsstandards müssen die Zuweisungen für Träger der Tageseinrichtungen und Kindertagespflege deutlich erhöht werden.

Die PIRATEN Berlin fordern die Bedarfe für Integration und Inklusion soweit zu berücksichtigen und einen Vertretungspool für Krankheitsfälle bei Erzieher_innen und sozialpädagogischen Fachkräften einzurichten, so dass eine Fachkraft maximal acht Kinder gleichzeitig betreut. Kita-Leitungen werden im

Umfang einer Vollzeitstelle ab einer Anzahl von 80 Plätzen in der Kindertageseinrichtung von der Betreuung der Kinder freigestellt. Die Ausbildungszeiten für Auszubildende, Neueinsteiger in der Probezeit und Praktikanten werden pro Betreuungskraft mit 8 Stunden pro Monat anerkannt.

Die PIRATEN Berlin fordern die Gehälter des sozialpädagogischen Fachpersonals mindestens auf das Gehaltsniveau anderer Bundesländer anzuheben.

Kinder und Jugendliche haben Rechte

Die PIRATEN Berlin achten die UN-Kinderrechtskonvention und sehen in der Verwirklichung dieser Konvention einen großen Schritt zur besseren Versorgung, Betreuung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.

Bei allen entwicklungspolitischen und sozialpolitischen Entscheidungen ist die Kinder- und Jugendverträglichkeit zu prüfen. Für die Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen sind ausreichend und nachhaltig Haushaltsmittel bereitzustellen.

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume

Gerade in einer stetig wachsenden Stadt wie Berlin ist es wichtig, dass Freiräume für Kinder und Jugendliche erhalten bleiben und neu geschaffen werden. Deshalb setzen sich die PIRATEN Berlin für eine ausreichend und nachhaltig finanzierte und flächendeckende Förderung von Jugendfreizeitstätten ein. Der Ausbau und die Instandsetzung von Spielplätzen ist voranzutreiben.

Freie Selbstbestimmung und Familienförderung

Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen für einander Verantwortung übernehmen. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als gleichwertig und als vor dem Gesetz gleich angesehen werden müssen.

Fraueninfrastruktur

Wichtige Anlaufstellen für die Frauenförderung und den Gewaltschutz sind in Berlin seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert. Damit können sie nicht nur dem Bedarf kaum Rechnung tragen. Das führt auch dazu, dass die Angebote von den Mitarbeiter_innen nur noch durch Selbstaubeutung erbracht werden können. Wir fordern eine pauschale Aufstockung der Mittel für die Fraueninfrastruktur sowie einen gezielten Ausbau bei Angeboten für gewaltbereite und wohnungslose Frauen sowie in der Beratung von Sexarbeiter_innen.

Freie Selbstbestimmung der Sexarbeiter_innen

Die PIRATEN Berlin setzen sich dafür ein, dass Sexarbeit gleichwertig zu allen anderen Formen der Erwerbstätigkeit behandelt wird. Diskriminierende Sonderregeln und Stigmatisierung lehnen wir ab. Wir erkennen Sexarbeiter_innen als Expert_innen ihres eigenen Lebens und ihrer Bedürfnisse an. Als PIRATEN Berlin lehnen wir sexistische und frauenfeindliche Formulierungen ab, nach denen Sexarbeiter_innen “ihre Körper verkaufen” oder “sich verkaufen”. Die Andeutung, dass Sex Selbstaufgabe oder den Verlust von sich selbst oder eines Teiles von sich selbst bedeutet, ist inhuman. Um die systematische Unterdrückung von Sexarbeiter_innen angehen zu können, fordern wir die Inklusion von Sexarbeiter_innen und lehnen rechtliche Rahmenbedingungen ab, die sich als schädlich für die Rechte von Sexarbeiter_innen erweisen.

Staat & Religion

Freiheit und Vielfalt der kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen kennzeichnen die modernen Gesellschaften. Dabei verstehen wir unter Religionsfreiheit nicht nur die Freiheit zur Ausübung einer Religion, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung. Wir erkennen und achten die Bedeutung, die individuell gelebte Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen kann.

Religion ist Privatsache

Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist daher eine für die gedeihliche Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen. Die PIRATEN Berlin fordern finanzielle und strukturelle Privilegien

einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, abzubauen.

Einzug von Kirchenbeiträgen ist keine Staatsaufgabe

Im Sinne der Datensparsamkeit ist die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen zu unterlassen. Die PIRATEN Berlin fordern den staatlichen Einzug von Kirchenbeiträgen zu beenden: Kirchenbeiträge sind wie Zahlungen an Vereine zu behandeln.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist kein Kirchenfunk

Die öffentlich-rechtlichen Medien dürfen keine der Religionsgemeinschaften bevorzugen, wie dies zum Beispiel heute durch die Besetzung der Rundfunkräte bzw. Programmbeiräte geschieht.

Kunst- & Kulturpolitik

Wir PIRATEN Berlin stehen für eine offene Kultur: Dynamisch, pluralistisch, vernetzt. Eine Kultur, die keiner Deutungshoheit unterworfen ist und die alle Menschen in Berlin – unabhängig von ihren sozialen, ökonomischen und kulturellen Hintergründen – einander in gegenseitiger Wertschätzung näher bringt. Wir betrachten alle Manifestationen von Kultur – analog wie digital, tradiert wie innovativ – als gleichberechtigt, sinnstiftend und förderungswürdig. Kultur ist essenziell als Raum zu betrachten, in dem gedacht, ausgehandelt und erprobt werden kann, wie wir als Gesellschaft mit einander leben wollen, jetzt und in Zukunft. Wir setzen uns für den freien Zugang zu öffentlich geförderter Kunst und Kultur sowie zu Wissen ein. Wir wollen, dass alle Menschen in Berlin niedrigschwellig und barrierearm daran teilhaben können. Kunst- und Kulturschaffenden wollen wir angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Eigenes Ressort Kultur und Medien

Es muss wieder ein eigenständiges Kulturressort geben, um die Bedeutung von Kunst, Kultur und Medien für Berlin gerade in der Landesregierung wieder

deutlich sichtbarer zu machen und um den vielfältigen gesellschaftlichen wie ökonomischen Aufgaben in vollem Umfang gerecht zu werden.

Internationaler Kulturaustausch

Um die Interessen der Berliner Akteur_innen im europäischen und internationalen Kontext besser zu vertreten, fordern wir PIRATEN Berlin die Wiedereinführung eines Referats für internationalen Kulturaustausch, das beim Kultursenat angesiedelt ist und eng mit den anderen Ressorts zusammenarbeitet.

Transparente und demokratische Kunst- und Kulturförderung

Wir PIRATEN Berlin wollen neue transparente und demokratische Fördermodelle, die die dynamische Entwicklung von Stadt und Gesellschaft berücksichtigen und mit breiter Beteiligung entwickelt werden. Kürzungen im Kulturretat des Landes und vor allem der Bezirke lehnen wir ab. Jurys und Vergabegremien von Förderinstrumenten des Senats, der Bezirke und des Hauptstadtkulturfonds müssen auf transparente, demokratische und paritätische Weise gebildet werden.

GEMA reformieren

Die Tarifreform der GEMA trifft Diskotheken, Musikkneipen, Stadtfeste und traditionelle Feste und das Herz europäischer Klubkultur. Durch die Tarifreform stirbt Veranstaltungskultur, denn viele Veranstaltungen werden zu teuer. Das betrifft alternative und kulturell wertvolle Veranstaltungskonzepte, die zur Vielfalt Berlins beitragen. Die Tarife der GEMA berücksichtigen nicht die kulturellen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen von Liveclubs und die Förderung und Entdeckung neuer Künstler und Musikstyles.

Die von der GEMA kassierten Lizenzen werden ungerecht verteilt und kommen größtenteils nur privilegierten Mitgliedern zugute. Die Komponisten inspirierender Nischenkultur (Techno, Rock, Alternative) erhalten anteilig fast nichts von den pauschal geforderten Beträgen, müssen hohe Mitgliedsbeiträge leisten und häufig für ihre eigenen Tonträger GEMA-Lizenzgebühren bezahlen. Viele Musiker sind aus gutem Grund keine GEMA-Mitglieder. Trotzdem kassiert die GEMA pauschal wegen der sogenannten GEMA-Vermutung. Eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in der Veranstaltungsbranche sind unmittelbar von der

Tarifreform betroffen. Die Arbeitsbedingungen für das verbleibende Personal werden sich weiter verschärfen. Die PIRATEN fordern:

- Aussetzung der Tarifreform
- Kleinstveranstalter belohnen & Verwaltungsaufwand verringern
- Kulturrabatt erweitern und gerechtere Verteilung der GEMA-Gebühren an Musiker
- Transparente Kontrollinstanz für die GEMA
- Parlamentarische Überprüfung der Schlichtungsstelle im DPMA (Deutsches Patent- und Markenamt)

Frauenförderung

Wir wollen einen ausbalancierten Anteil von Frauen und Männern in allen Bereichen von Kunst und Kultur. Nicht nur die jeweiligen Positionen, in denen Frauen und Männer in öffentlichen Kulturinstitutionen arbeiten, sollen regelmäßig veröffentlicht werden, sondern auch die Präsenz ihrer Werke in Ausstellungen, Sammlungen und Archiven.

Kultur in den Bezirken stärken

Wir wollen, dass dezentral in allen Bezirken Räume für kulturelles Schaffen und Leben gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden sowie dauerhaft zur Verfügung stehen. Die Kosten-Leistungs-Rechnung, die eine Flexibilität der bezirklichen Kulturarbeit verhindert, hat sich nicht bewährt und muss durch andere Instrumente ersetzt werden.

Kulturelle Bildung

Wir PIRATEN wollen, dass kulturelle Bildung und Vermittlung kontinuierlich und nachhaltig wirkt. Dies wollen wir vor allem durch freie digitale Zugänglichkeit von Veranstaltungen, Beständen, Archiven und Dokumenten erreichen. Hierzu bedarf es einer guten Ausstattung mit interdisziplinärem Personal und einer kontinuierlichen Finanzierung. Aufgrund ihrer niedrigschwelligen Kulturvermittlung muss die wichtige Arbeit der Volkshochschulen langfristig ausreichend finanziert werden. Außerdem muss Kinder- und Jugendkultur stärker im Fokus der Berliner Kulturpolitik stehen und alle Kinder und Jugendlichen erreichen. Deshalb setzen wir uns für eine stärkere Verankerung in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sowie dauerhafte Partnerschaften von Kunst- und Kulturinstitutionen mit Bildungseinrichtungen und sozio-kulturellen Zentren

ein. Wir wollen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung für Kinder- und Jugendtheater und bekennen uns zum “Masterplan Musikalische Bildung” in Berlin. Auch das Archiv der Jugendkulturen muss langfristig erhalten bleiben.

Medienkunst und Digitalkultur

Der Zugang zur selbstbewussten Gestaltung der digitalen Kultur soll allen freistehen. Wir wollen Medienkunst und Gamekultur auch im Bereich der kulturellen Bildung fördern. Eine technische Ausstattung an aktueller IT-Technik und Anbindung an das Internet soll an allen Bildungsinstitutionen, insbesondere in Bibliotheken, vorhanden sein. Wir wollen lebendige Orte, Organisationen und Netzwerke kreativer Technikkultur fördern. Auch die Gamekultur, die in Berlin einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt, darf dabei nicht weiter unterschlagen werden. Neben unserer Forderung, das Videospielearchiv in die Hauptstadt zu holen, müssen auch die Berliner Bibliotheken mehr Videospiele zur Ausleihe und mehr Spielstationen in ihren Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Die Digitalisierung von Kulturgut aus Museen, Archiven und anderen Institutionen ist den PIRATEN Berlin ein wichtiges Anliegen. Die Digitalisate sollen auf geeigneten Plattformen im Internet zugänglich gemacht werden.

Stadtteilbibliotheken

Die gute Ausstattung und Vernetzung von Stadtteilbibliotheken ist uns wichtig. Deshalb wollen wir ein Berliner Bibliotheksgesetz, das die Stadtteilbibliotheken stärkt und ihren Erhalt sichert. Die barrierearme dezentrale Versorgung vor Ort hat für uns Priorität vor repräsentativen Großprojekten. Eine angemessene personelle Ausstattung muss gewährleistet werden, insbesondere auch, um Beratungsarbeit zu leisten.

Pay what you want

Wir wollen, dass landeseigene Museen und andere subventionierte Kultureinrichtungen den Besucher_innen regelmäßig anbieten, den Eintrittspreis selbst zu bestimmen.

Freie Szene

Wir setzen uns ein für die Stärkung der Freien Szene, die mit ihrer dynamischen Vielfalt und ihrem subversiven Charakter die Gesellschaft und das Stadtbild Berlins prägt. Wir fordern, die Freie Szene zu 50% an den Einnahmen aus der Übernachtungssteuer (City Tax) zu beteiligen. Wir unterstützen die Forderung von Kunst- und Kulturschaffenden nach höheren Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonoraren und Projektförderungen. Die Liegenschaftspolitik des Senats muss kulturelle Belange vorrangig berücksichtigen, um damit der Verdrängung von Kulturorten entgegenzuwirken.

Clubkultur

Clubkultur gehört zur Berliner Kreativ-, Kultur- und Veranstaltungsszene. Sie hat daher Anspruch auf Schutz vor Verdrängung aus zentralen Lagen.

Graffiti und Streetart

Auch Graffiti und Streetart gehören zu Berlins kulturellem Erbe und seiner Vielfalt. Sie sind urbane Anziehungspunkte in der Kunstmetropole Berlin. Für etablierte und Nachwuchs-Sprayer_innen wollen wir berlinweit legale Wände zur professionellen Gestaltung und zum Experimentieren schaffen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass eine Graffiti-Beauftragung innerhalb der Kulturverwaltung geschaffen wird. Außerdem wollen wir, dass Graffiti in Berlin systematisch dokumentiert wird.

Comic & Graphic Arts

In Berlin haben viele begabte Zeichner_innen ihren Lebensmittelpunkt und sorgen mit ihrer Kunst für internationales Ansehen. Hier fehlt ein Museum, in dem das Spektrum von der Karikatur über den Cartoon bis zur graphischen Novelle ein Zuhause findet und für dessen Schaffung wir uns einsetzen.

Denkmalschutz

Denkmalschutz dient nicht primär dem Erhalt von gerade beliebten Baustilen, sondern der Dokumentation der Geschichte. Unser Augenmerk gilt deshalb auch Bauwerken, die gerade nicht dem Zeitgeist entsprechen. Die Bausubstanz leerstehender historischer Gebäude darf nicht dem Verfall preisgegeben werden

und dieser ist durch geeignete Maßnahmen zu stoppen. Jahrelange mutwillige Vernachlässigung darf nicht mit Abrissgenehmigungen belohnt werden. Für freiwerdende Industriekultur fordern wir eine Nachnutzung und keinen Abriss. Es reicht nicht, exemplarisch einzelne Objekte eines Ensembles zu erhalten. Wir fordern die Entwicklung einer attraktiven “Berliner Route der Industriekultur”, die allen Interessierten einen gut aufbereiteten Einblick in das industriekulturelle Erbe Berlins gibt.

Gedenkstätten und Erinnerungskultur

Historisch bedingt ist die Erinnerungskultur in Berlin von besonderer Bedeutung. Wir wollen, dass die Opfer nicht vergessen werden. Insbesondere bestehen wir auf der Singularität des Holocaust. Wir leugnen aber auch nicht das Unrecht der DDR. Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte muss für jetzige und zukünftige Generationen selbstverständlich sein und darf nicht aus der gesellschaftlichen Debatte verschwinden. Daher müssen Gedenkstätten und Stiftungen so mit finanziellen Mitteln ausgestattet sein, dass sie ihrer wichtigen Forschungs- und Vermittlungsarbeit nachkommen können. Auch hier sind die medialen Möglichkeiten des Internets von zentraler Bedeutung und müssen entsprechend eingesetzt werden, um eine zugängliche und vielschichtige Erinnerungskultur zu entwickeln und zu erhalten.

Eine Kunstmesse für Berlin

Um den Berliner Kunstmarkt zu stärken, soll unabhängig von der Berlin Art Week wieder eine Kunstmesse ausgerichtet werden, die Kunstschaffenden eine wirkungsvolle Gelegenheit bietet, ihre Arbeiten zu präsentieren.

Umwelt, Verbraucher_innen- und Tierschutz

Wir PIRATEN setzen uns für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung ein. Darunter verstehen wir einen verantwortungsvollen und generationengerechten Umgang mit den zum allgemeinen Wohlergehen notwendigen Ressourcen. Unser Ziel für den Verbraucher_innenschutz ist es, für größtmögliche und barrierearme Transparenz bei Produkten und Dienstleistungen zu sorgen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen auch in Bezug auf den Datenschutz wollen wir gegenüber Hersteller_innen und Anbieter_innen zugunsten der Nutzer_innen verbessern. Da die Leidensfähigkeit von Tieren erwiesen ist, sehen wir Freizeitvergnügen und die Produktion von Nahrung

nicht als vernünftige Gründe an, ein Tier unnötig zu verletzen oder seiner Freiheit zu berauben.

CO₂-Transparenz auf allen Produkten

Die PIRATEN Berlin wollen, dass auf allen Produkten und Dienstleistungen klar zu erkennen ist, wie viel CO₂-Äquivalente zur Herstellung des jeweiligen Produktes oder zur Erbringung der jeweiligen Dienstleistung entlang der Wertschöpfungskette ausgestoßen wurden. Dazu sollen über den Bundesrat Maßnahmen ergriffen werden, um europaweite und internationale Ausstoß-Transparenz-Standards für die Industrie zu erarbeiten, um diese dann global und flächendeckend umsetzen zu können. Die Industrie muss verpflichtet werden, die bei Produktion, Nutzung und Entsorgung ihrer Produkte entstehenden Ausstöße zu ermitteln und maschinenlesbar offenzulegen. Die Ermittlung wird von öffentliche Stellen kontrolliert, die Kosten trägt die Industrie, wobei der Kostenanteil bei umsatzstärkeren Unternehmen höher zu bemessen ist, um kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten. Weitere Daten wie zum Beispiel Wasserverbrauch, Landnutzung, Energieverbrauch und Pestizideintrag sollen nach einer Evaluationsphase zu den Transparenz-Standards hinzugefügt werden. Eine Kommission aus Umweltverbänden, Klimaforscher_innen und Verbraucher_innenschutzorganisationen soll dazu ein Gesamtkonzept erarbeiten.

Grüne Dächer und Roof-Gardening für klimafreundlicheres Wohnen

Die Bepflanzung und Begrünung von geeigneten Dächern in Berlin erhöht die Attraktivität urbanen Wohnens und die Sauerstoffbildung, bindet mehr CO₂ und ist somit eine klimafreundliche Innovation.

Essbares Berlin - Urban Gardening für eine klimagerechtere Stadt

Wir PIRATEN setzen uns dafür ein, dass in Berlin mehr Obst und Gemüse dezentral von Einwohner_innen gemeinschaftlich und öffentlich zugänglich angebaut, geerntet und verzehrt werden kann. Dazu sollen dezentral Flächen und Mittel zur Verfügung gestellt werden, auch um die Erforschung neuartiger urbaner Landwirtschaftsmethoden zu entwickeln. Hierzu zählen zum Beispiel bio-vegane Landwirtschaft, Vertical Farming und automatisierte Pflanzung, Bewässerung und Ernte.

Plastiktütenflut eindämmen

Wir setzen uns dafür ein, geeignete Regeln zu finden, um den Verbrauch von Plastiktüten in Berlin zu verringern. Eine Prüfung von verhaltenslenkenden Maßnahmen wie einer kommunalen Abgabe auf Plastiktüten halten wir daher für angemessen.

Divestment

Wir fordern, dass das Land Berlin Investments in Unternehmen systematisch ausschließt und aus jenen abzieht, deren Geschäftsmodell der Klimaneutralität, ökologischen, sozialen oder ethischen Standards widerspricht. Mittels einer Negativliste, die diese Aspekte berücksichtigt, wollen wir solche Investments auch für die Zukunft ausschließen.

Nachtflugverbot

Die PIRATEN setzen sich für ein Nachtflugverbot an allen Berliner Flughäfen ein.

Freie Fahrt mit Bus und Bahn bei dicker Luft!

Bei überhöhten Feinstaubbelastungen wie beispielsweise an Neujahr sollen Busse und Bahnen kostenfrei genutzt werden können, um an solchen Tagen den Autoverkehr zu senken und die Luftreinhaltung zu befördern.

Gewässerschutz

Die Wasserressourcen Berlins sind von Beeinträchtigungen freizuhalten. In allen Bereichen müssen Eingriffe in den Boden auf ihre Verträglichkeit mit dem Gewässerschutz hin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Baden in der Spree

Für eine saubere Spree mit Badequalität muss Berlin auf Brandenburg einwirken, den schnellstmöglichen Ausstieg aus dem Braunkohletagebau zu verwirklichen, um damit die belastenden Schadstoffeinträge zu beenden. Um den

Schadstoffeintrag in die Spree bei Starkregen zu senken, setzen wir uns für den Bau von innovativen Rückhaltesystemen ein.

Ökologischen Fußabdruck sichtbar machen

Wir fordern, dass auf Produkten der Verbrauch von Wasser und Landfläche sowie die Emission von Treibhausgasen entlang der Wertschöpfungskette sichtbar gemacht wird. Dazu wollen wir gemeinsam mit Wissenschaft und Umweltverbänden Transparenz-Standards entwickeln und die Industrie verpflichten, diese überall umzusetzen.

Containern entkriminalisieren - Lebensmittelmärkte verpflichten

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass das sogenannte "Containern", also das Retten von Lebensmitteln oder anderen Produkten aus dem Müll, legalisiert wird. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, sowohl für den Handel als auch für Privathaushalte, noch brauchbare Lebensmittel so zu entsorgen, dass Menschen, auch ohne Hausfriedensbruch zu begehen, auf diese Lebensmittel zugreifen können.

Gegen die geplante Obsoleszenz

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass das Land Berlin der Verbraucherzentrale Berlin zusätzliche Mittel bereit stellt, damit diese sich besser gegen die geplante Obsoleszenz spezialisieren kann. Hersteller werden angehalten, ihre Produkte mit einem voraussichtlichen "Haltbarkeitszeitraum" zu versehen. Dieses Haltbarkeitsdatum beinhaltet sowohl das physische als auch softwareseitige Leben eines Produktes. Auch müssen die Supportzeiträume (Softwareupdates etc.) auf dieser Kennzeichnung angegeben werden. Die Verbraucherzentrale wird diese Kennzeichnungen der Hersteller überprüfen und mit einem anerkannten Siegel bestätigen.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die öffentliche Hand nur Produkte mit einer von der Verbraucherzentrale überprüften Haltbarkeit erwirbt. Diese Vorgabe soll in Ausschreibungen eingearbeitet werden.

Massentierhaltung raus aus Berliner Kantinen!

Wir setzen uns für eine ökologische Ausgestaltung des Essensangebotes in öffentlichen Einrichtungen ein. Dazu gehört die tägliche Bereitstellung mindestens einer veganen Mahlzeit. Die in diesen Einrichtungen verwendeten Tierprodukte dürfen nicht aus Massentierhaltungsbetrieben stammen und müssen der Bio-Richtlinie entsprechen.

Verbandsklagerecht

Wir befürworten die Einführung eines Verbandsklagerechtes für anerkannte Tierschutzorganisationen auf Landes- und Bundesebene.

Umwelt- und Tierschutz in der Schule

Wir PIRATEN begrüßen eine schulische Ausbildung, welche die Lernenden befähigt, Mitverantwortung für die Erhaltung und den Schutz einer natürlichen Umwelt zu übernehmen. Ein zentraler Bestandteil dieser Verantwortung ist hierbei der Tierschutz und deshalb für uns besonders förderungsbedürftig.

Zirkusse mit Wildtieren lehnen wir ab

Da eine artgerechte Haltung von Wildtieren in Zirkussen nicht möglich ist, lehnen wir die Bereitstellung von Flächen im Land Berlin hierfür ab. Wir fordern zudem ein konsequentes und generelles Verbot der Wildtierhaltung in Zirkussen und eine entsprechende Anpassung des Tierschutzgesetzes (TierSchG) und der Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen (Leitlinie Zirkustiere).

Umsteuern bei tier- und klimaschutzfeindlicher Besteuerung

Wir befürworten, dass "Pflanzenmilch" steuerlich mit Tiermilch gleichgesetzt wird und dann auch mit 7% MWSt versteuert wird. Dazu sollen über den Bundesrat Vorschläge für eine Reform der Mehrwertsteuer eingebracht werden.

Gesundheitspolitische Schwerpunkte

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass die aufgeschobenen baulichen Investitionen in den landeseigenen Krankenhäusern zügig vorangetrieben und zum Abschluss gebracht werden.

Bessere Versorgung in der Pflege

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind unzureichend. Zu hohe Arbeitsbelastung führt zu krankheitsbedingtem Personalausfall, die Arbeitsbedingungen entsprechen vielfach nicht dem Mindeststandard. Die PIRATEN Berlin fordern deshalb:

Bei der tariflichen Vergütung muss die jeweilige Berufserfahrung der Pflegefachkräfte und Pflegekräfte berücksichtigt werden. Der Mindestlohn in der Pflege ist weiter zu erhöhen. Es wird ein Betreuungs- bzw. Pflegeschlüssel für alle Pflegebereiche (ambulante Pflege, Krankenpflege, Altenpflege, Behindertenpflege) festgelegt. Die psychosoziale Betreuung von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz ist auszubauen und zu stärken.

Der Arbeitsschutz in Pflegeeinrichtungen ist stärker zu kontrollieren. Zum Arbeitsschutz gehört verpflichtend die Aufklärung zum rückschonendem Arbeiten (Rückenschule) und die genaue Einweisung in vorhandene Pflegehilfsmittel. Gesundheitskurse sind direkt vor oder nach der Arbeitszeit vom Arbeitgeber anzubieten.

Die ambulante und wohnortnahe Versorgung von pflegebedürftigen Menschen ist weiter auszubauen und zu stärken. Die Beiräte sind personell durch Bereitstellung von Assistenz und Büroinfrastruktur besser zu fördern. Die Pflegestützpunkte sind personell besser auszustatten und sollen auch in Beschwerde- und Konfliktfällen in Zusammenarbeit mit der Heimaufsicht und dem MDK (Medizinischer Dienst der Krankenversicherung) beraten dürfen.

Es sollen klare fachliche Genehmigungskriterien für das Betreiben einer Pflegeeinrichtung erarbeitet und erlassen werden. Um Leistungsmissbrauch effektiv begegnen zu können, sollen die Bezirksamter und der medizinische Dienst der Kranken- und Pflegekassen enger zusammenarbeiten. Daten zur Überprüfung von Leistungsmissbrauch müssen in anonymisierter Form ausgetauscht werden dürfen. Die Überprüfung der Einrichtungen durch die Heimaufsicht erfolgt grundsätzlich unangemeldet.

Patient_innen stärken

- Die PIRATEN halten eine unabhängige Patient_innenberatung, die mit einem festen unabhängigen Budget ausgestattet ist, für unabdingbar. Auch technisch ist die Unabhängigkeit der Patient_innenberatung zu sichern.
- Die PIRATEN setzen sich für eine wohnortnahe und ambulante Versorgung kranker Menschen ein und fordern eine bessere Beratung von schwerkranken Menschen und den Ausbau palliativer Angebote. Cannabis ist für die palliative Behandlung freizugeben.
- Nachsorgeangebote nach einer medizinischen Rehabilitation sind bekannter zu machen und eine wohnortnahe, ambulante Versorgung mit Nachsorgeangeboten zu gewährleisten.
- Die aufsuchende fachärztliche Beratung und Behandlung ist durch geeignete Maßnahmen zu sichern.

Die oberste Landesgesundheitsbehörde soll dafür sorgen, dass die von der STIKO (ständigen Impfkommission) empfohlenen Impfungen und die Impfung gegen Hepatitis A und B für obdachlose Menschen, bei denen der Krankenversicherungsstatus ungeklärt ist, kostenlos durch die Gesundheitsämter erfolgen und eine umfassende Impfberatung für diesen Personenkreis bereitgestellt wird.

Landwirtschaftspolitik

Agrikultur zurück nach Berlin

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass die Berliner Landwirtschaftspolitik, die derzeit per Staatsvertrag an Brandenburg delegiert ist, wieder unmittelbar in die Verantwortung der Berliner Landespolitik kommt.

Pazifistisches Manifest für Berlin

Das emanzipativ-antiautoritäre Menschenbild der PIRATEN Berlin lebt von bedingungslosem Humanismus, Pazifismus und Gewaltlosigkeit. Weder Ausrüstung, noch Drohpotentiale, noch kriegerische Interventionen konnten je nachhaltig Frieden schaffen oder sichern. Krieg ist ein Verbrechen an der Menschlichkeit und erzeugt immer unschuldige Opfer und neue Kriege.

Gerade Berlin als die Stadt, aus der im 20. Jahrhundert verheerende Kriege geführt wurden, die aber auch bis zur Wiedervereinigung das Ziel derer war, die sich der Bundeswehr-Zwangsmaschinerie entziehen wollten, steht hier in einer besonderen Verantwortung.

Berlin verdankt den Fall der Mauer und den Status als Hauptstadt eines vereinten Deutschlands nicht etwa der fortgesetzten Aufrüstung des “Kalten Krieges”, sondern der Deeskalation der Perestroika.

Statt die Eskalation durch die Dämonisierungen der Gegenseite voranzutreiben, um gewalttätige Konflikte zu rechtfertigen, fordern die PIRATEN gewaltfreie Konfliktlösungen und das Verbot der Waffenproduktion in Deutschland und die weltweite Abschaffung von Atomwaffen.

Die Reaktion auf Straftaten, sowohl auf nationaler oder auch internationale Ebene, darf nicht Vergeltung sein. Das Völkerrecht muss gegen Interventionskriege ausgebaut werden, dazu fordern wir eine Demokratisierung der UNO.

Die Würde jedes Menschen ist unantastbar, aus gutem Grund verbietet unsere Verfassung die Todesstrafe, dies darf durch kein Kriegsrecht außer Kraft gesetzt werden.

Eine grenzenlose Welt ohne nationalstaatliche Dominanz bedeutet auch das Abschaffen nationaler Verteidigungs- und Angriffsarmeen, somit auch die Abschaffung der Bundeswehr und der Produktion und Verbreitung von Waffen und Produkten der Rüstungsindustrie.

Aufgrund seiner Geschichte hat Berlin zudem eine besonders hohe Verantwortung für Menschen jüdischer Glaubensrichtung. Die PIRATEN widmen dem Kampf gegen Antisemitismus hohe Aufmerksamkeit und stehen darüber hinaus ohne Einschränkung hinter dem Existenzrecht Israels.

Da die veränderte weltpolitische Lage derzeit wieder zu einem Anstieg des Antisemitismus führt, fordern die PIRATEN verstärkte Gegenmaßnahmen. So ist die Aufklärungsarbeit bezüglich der Geschichte der Judenverfolgung sowie des Staates Israels deutlich zu intensivieren. Diesbezüglich ist auch auf Menschen einzugehen, die aus Kulturkreisen kommen, in denen ein negatives Israelbild vermittelt wird.

In Israel unterstützen die PIRATEN vor allem jene Kräfte, die für ein friedliches Miteinander mit den arabischen Mitbürgern eintreten.

Bürgermeisterkandidat

Der Spitzenkandidat der PIRATEN Berlin, Bruno Gert Kramm, wird als Bürgermeisterkandidat für die Wahlperiode 2016–2021 zum Abgeordnetenhaus Berlin aufgestellt.